Bozialdemokratischer Pressedienst

Soundseber und Chofrebaltene: Eric Alfringhand, Berlin. Jeunprecher: And Danieff 4286/4198



Mujdrijt für Berlag und Ödrijtleitung: Berlin ÖM 61, Bello-Allience-Ptah 8 Druhtunjdrijt: Capabinuf

Die Beffellung erfeigt im Gelbstering. Der Midend if sur auf Grund befondere Bereinberung gestellet, Allebigung besterfelle 4 Modent ber dem Charinteerfen, wenn nicht anderes vereinbeit ist. Geffellungset für beite Seite ift Berlin.

Bertin, den 21. Januar 1930

Der proletarische Kalender.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Das Problem der ununterbrochenen Arbeitswoche ist in der Sowjetunion Wirklichkeit geworden. Als seinerzeit in Russland der 7 stündige Arbeitstag proklamiert wurde, dessen Durchführung in der Praxis keineswegs gewährleistet und der durch die Einführung des sozialistischen Wettbewerbs zum Teil längst aufgehoben ist, traten die sowjetischen Wirtschaftskreise mit den Forderungen nach einer vereinheitlichten Befehlsgewalt in den Fabriken, Intensivierung der Arbeitsleitung, Hebung der Arbeitsdisziplin und Rationalisierung des Produktionsprozesses hervor. Gleichzeitig wurde von den antireligiösen Kreisen die Beseitigung der christlichen Feiertage einschliesslich des Sonntags gefordert. Aus diesen gemeinsamen Forderungen, in denen sich wirtschaftliche Not und antireligiöse Propaganda ergänzten, antstand der neue proletarische Kalender.

Vor der Einführung, die am 27.August 1929 durch den Rat der Volkskommis sare beschlossen worden ist, wurde die Sowjetöffentlichkeit sehr vorsichtig auf den Übergang zu der ununterbrochenen Arbeitswoche vorbereitet. Die Sowjetregierung war sich der Wirkung dieser Verordnung auf die Bevölkerung voll bewusst. Sie stellte deshalb zunächst die verschiedensten Projekte zur Diskussion. Wochenlang schwelgte die offizielle Presse in der Erörterung der vorteile, die der Sowjetwirtschaft insbesondere inbezug auf die Arbeitslosigkeit aus der Verlängerung der Arbeitszeit im Jahre von 300 auf 360 Tage erwachsen. werde. Stimmen, die auf die unvermeidlichen Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung der Industrie ninwiesen, wurden überhört, obwohl selbst der Vorsitzende des Arbeitskommissariats Uglanow vor einer überstürzten Einführung warnte. Aber die Ankurbelung der immer mehr sichtbaren, durch Enttäuschung und Entbehrung eingetretenen Ermüdung der sogenannten "revolutionären Energieen" erwies sich immer notwendiger. An Versprechungen glaubt das russische Volk heute nicht mehr. Um dennoch den Glauben an den endgiltigen Sieg der General-Linie zu stärken, wurde der proletarische Kalender als neuestes Allheilmittel geschaffen. Danach hat das Jahr 12 Monate zu je 6 Wochen mit je 5 Tagen. Der Sonnabend und Sonntag fallen als Wochentage fort. Auch kirchliche Feiertage gibt es nicht mehr. Es bleiben nur 5 Revolutionsfeiertage: Der 22. Januar, der Todestag Lenins und gleichzeitig Gedenktag der Revolution von 1905, der 1. und 2. Mai als Tag der Internationale, sowie der 7. und 8. November als Feiertage der Oktoberrevolution 1917. Diese 5 Revolutionsfeiertage sollen ohne Datum um die entsprechende Zeit eingeschoben werden. Der Schalttag soll alle 4 Jahre als Tag der Industrialisierung gefeiert werden.

In jeder Woche mit ihren 5 Tagen folgt nach dem 4.Arbeitstag ein Ruhetag, sodass jeweils ein Fünftel der Belegschaft täglich feiert. Da es einen gemeinsamen Ruhetag, den Sonntag nicht mehr gibt, so hat in den meisten Fällen jedes Familienmitglied an einem anderen Wochentag seinen Ruhetag. Der Vater am Montag, die Mutter am Dienstag, der Sohn am Donnerstag, die Tochter am Freitag. Der Sonntag ist torpediert und darauf kam es der Sowjetregierung hauptsächlich

	1		
•			

Bozialdemokratischer Pressedienst

Geranegeber und Chefrobatieur: Crich Alfringband, Berlin. Bernjorecher: Tunt Dänhoff 4196/4196



Ainfdrift für Aerlag und Schriftleitung: Bertin SA 61, Belle-Alliance-Plat & Brahimfdrift: Copabing

Die Saffellung erfolgt im Gelbftering. Der Mond if um auf Grund befondere Bereinburme geliebet, Mickeyne belterfells 4 Wechner ber best Charlestone, mass stellt enterer vereinburt ill, Gelblungen für beite Sein is Bulle.

Berlin, Den 21. Januar 1930

Der proletarische Kalender.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Das Problem der ununterbrochenen Arbeitswoche ist in der Sowjetunion Wirklichkeit geworden. Als seinerzeit in Russland der 7 stündige Arbeitstag proklamiert wurde, dessen Durchführung in der Praxis keineswegs gewährleistet und der durch die Einführung des sozialistischen Wettbewerbs zum Teil längst aufgehoben ist, traten die sowjetischen Wirtschaftskreise mit den Forderungen nach einer vereinheitlichten Befehlsgewalt in den Fabriken, Intensivierung der Arbeitsleitung, Hebung der Arbeitsdisziplin und Rationalisierung des Produktionsprozesses hervor. Gleichzeitig wurde von den antireligiösen Kreisen die Beseitigung der christlichen Feiertage einschliesslich des Sonntags gefordert. Aus diesen gemeinsamen Forderungen, in denen sich wirtschaftliche Not und antireligiöse Propaganda ergänzten, entstand der neue proletarische Kalender.

Vor der Einführung, die am 27. August 1929 durch den Rat der Volkskommis - sare beschlossen worden ist, wurde die Sowjetöffentlichkeit sehr vorsichtig auf den Übergang zu der ununterbrochenen Arbeitswoche vorbereitet. Die Sowjetregierung war sich der Wirkung dieser Verordnung auf die Bevölkerung voll bewusst. Sie stellte deshalb zunächst die verschiedensten Projekte zur Diskussion. Wochenlang schwelgte die offizielle Presse in der Erörterung der vorteile, die der Sowjetwirtschaft insbesondere inbezug auf die Arbeitslosigkeit aus der Verlängerung der Arbeitszeit im Jahre von 300 auf 360 Tage erwachsen werde. Stimmen, die auf die unvermeidlichen Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung der Industrie hinwiesen, wurden überhört, obwohl selbst der Vorsitzende des Arbeitskommissariats Uglanow vor einer überstürzten Einführung warnte. Aber die Ankurbelung der immer mehr sichtbaren, durch Enttäuschung und Entbehrung eingetretenen Ermüdung der sogenannten "revolutionären Energieen" erwies sich immer notwendiger. An Versprechungen glaubt das russische Volk heute nicht mehr. Um dennoch den Glauben an den endgiltigen Sieg der General-Linie zu stärken, wurde der proletarische Kalender als neuestes Allheilmittel geschaffen. Danach hat das Jahr 12 Monate zu je 6 Wochen mit je 5 Tagen. Der Sannabend und Sonntag rallen als Wochentage rort. Auch kirchliche Feiertage : gibt es nicht mehr. Es bleiben nur 5 Revolutionsfeiertage: Der 22. Januar, der Todestag Lenins und gleichzeitig Gedenktag der Revolution von 1905, der 1. und 2.Mai als Tag der Internationale, sowie der 7. und 8. November als Feiertage der Oktoberrevolution 1917. Diese 5 Revolutionsfeiertage sollen ohne Datum um die entsprechende Zeit eingeschoben werden. Der Schalttag soll alle 4 Jahre als Tag der Industrialisierung gefeiert werden.

In jeder Woche mit ihren 5 Tagen folgt nach dem 4.Arbeitstag ein Ruhetag, sodass jeweils ein Fünftel der Belegschaft täglich feiert. Da es einen gemeinsamen Ruhetag, den Sonntag nicht mehr gibt, so hat in den meisten Fällen jedes Familienmitglied an einem anderen Wochentag seinen Ruhetag. Der Vater am Montag, die Mutter am Dienstag, der Sohn am Donnerstag, die Tochter am Freitag. Der Sonntag ist torpediert und darauf kam es der Sowjetregierung hauptsächlich

ån. An einem Sonntag kann man sich mit seiner Familie, mit seinen Freunden betaten, die Sorgen teilen, ja man könnte sogar zusammentreffen, um zu demonstrieren. Diese Möglichkeiten sind durch den proletarischen Kalender im freien Reich der Arbeiter und Bauern ausgeschaltet. Gewiss, der Arbeiter hat jede Woche seinen Ruhetag, aber wie er selbst über diesen Ruhetag denkt zeigen die Auslassungen der polschewistischen Moskauer "Rabot chaja Gazetta", die in ihrer Nummer 10 schreibt : "Der fünfte Tag ist ein verlorener Tag. Daran, seinen Ausgehtag vernünztig als Ruhetag zu verbringen, ist nicht zu denken. An diesem Tage gibt es weder Ausflüge, noch Theaterbesuche. Die Arbeiter sitzel zu Hause und müssen sich mit der gewöhnlichen Weiberarbeit Waschen - Kochen usw. beschäftigen."

Man vergleiche diese bolschewistische Stimme mit den Lobeshymnen der Kommunistischen Presse über den proletarischen Kalender. Da schwelgt man vor Entzücken ob der neuen "Tat" der Sowjetregierung für das russische Volk, das in Wirklichkeit nur Hunger und Arbeit kennt; denn schliesslich ist ihm der Sonntag als Ruhetag auch genommen worden, um ihn für die Arbeit zu gewinnen. Das Tempo des Fünfjahrplanes wurde durch den proletarischen Kalender gewissermassen auf die Maschine übertragen. Kein Ruhetag für die Maschine war gleichzeitig die Losung, die die Sowjetregierung mit ihrer neuen "Tat" verfolgte. Und der Erfolg? Die Hoffnungen der Regierung, durch die Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche eine erhebliche Produktionssteigerung zu erzielen, sind visher unerfüllt geblieben. In der Kohlen- und Naphtaindustrie sowie auf anderen Gebieten ist vielmehr ein Rückschlag in der Förderung eingetreten. Die Stellung von Ersatzleuten bei den qualifizierten Arbeitern stösst auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Überhaupt ist seit dem Eintritt des neuen Kalenders der ganze Arbeitsprozess erschwert und verlangsamt worden, weil jeweils einer, der gebraucht wird, seinen Ruhetag hat. Am schlimmsten wirken gich die gesetzmässig dekretierten Zustände bei den Behörden aus. Es mag sein. dass sie auf die Dauer behoben werden können. . Aber sie künnen wiederum hur behoben werden auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, die schon jetzt' michts anderes als Hunger und Arbeit kennt. Hunger und Arbeit - diktiert von dem polschewistischen Regime, dessen proletarischer Kalender nichts anderes bezweckt als die Sicherung seiner eigenen Existenz auf Kosten von Millionen darbender Menschen.

Vor dem Pariser Schwurgericht begann am Dienstag der Prozess gegen den Bruder des russischen Volkskommissars Litwinow, der beschuldigt wird, sieben Wechsel im Gesamtbetrag von rund 200 000 Pfund Sterling missbräuchlich auf den Namen der russischen Handelsdelegation in Berlin ausgestellt zu haben. Mit Litwinow sind der polnische Bankier Max Joffe und der Berliner Hotelier Willi Liborius vor Gericht erschienen, weil sie die ralschen Wechsel in den Verkehr zu bringen suchten.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde. Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet und lässt sich durch den Moskauer Rechtsanwalt Telslenof vertreten. Die Verhandlungen, zu denen zahlreiche Zeugen, darunter auch der enemalige Geschäftsträger der russischen Botschaft in Paris, Bessedo ski, geladen sind, dürften vier Tage in Anspruch nehmen.

SPD. Die Zentrumspresse teilt mit, dass Ministerialdirektor <u>Dr. Zarden</u>, der im Reichsfinanzministerium die Abteilung für Steuern leitet, ein Demissionsgesuch eingereicht nabe und als Nachfolger für ihn Professor Dr. Hedding ausersehen sei. der gegenwärtig Abteilungspräsident im Landesfinanzamt Köln

ist und dem Zentrum angehört.

Wie wir dazu erfahren, ist die Meldung über ein Demissionsgesuch von Dr. Zarden unrichtig. Wenn in der Zentrumspresse trotzdem das Gegenteil berichtet wird, so scheint damit die Absicht verfolgt zu werden, den Posten des Ministerialdirektors Zarden für den Zentrumsnachfolger frei zu machen. Im übrigen ist auch über den Plan der Schaffung eines zweiten Staatssekretärpostens im Finanzministerium bisher eine Entscheidung nicht getroffen worden.

Die Münchener Universität ist neuerdings zu einer Art Exerzierplatz der nationalsozialistischen Studentengruppe geworden. Uniformiert in braunen Hemden, Käppi und Lederzeug marschierte die studentische Hitlergarde zur sogenannten Reichsgründungsfeier in die Universität ein, voran jene Standarte, mit der Hitler seinen dreiundzwanziger Putsch vorbereitet und am 1. Mai die Reichswehr gezwungen hatte, ihm auf dem Marchfeld Waffen auszuliefern, um "die Münchener Arbeiterschaft wie tolle nunde niederzuschiessen". Vor der Aula innerhalb der Universität stellten sich die Hitlerbuben in Front auf und nach dem Kommando "Stillgestanden" passierten die Gäste der Universität, Minister, Reichswehrgeneräle und Prinzen des Hauses Wittelsbach die Pforten zur Aula. Als der ehemalige Generalstabskommissar von Kahr kam, kommandierte der Führer "Rührt Euch", um Kahr in Erinnerung an den November 1923 die Missachtung auszudrücken.

Der "Völkische Beobachter" teilt diese Heldentat in fetten Überschriften mit. Vor allem aber die Tatsache, dass zum erstenmal eine nationalsozialistische Standarte bei einer offiziellen Veranstaltung der Münchener Universität aufgepflanzt werden konnte. Es sind also unter dem Rektor Eichmann, dem Professor der katholischen Theologie offenbar die Voraussetzungen gegeben, dass die Hitlergarden die Münchener Universität neuerdings zum Tummelplatz ihrer Radaupolitik machen können.

SPD. Die Vorstände der Spitzenkörperschaften der sozialdemokratischen. Partei und der freien Gewerkschaften befassten sich am Dienstag mit den wachsenden Notständen, die durch die ausserordentlich schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt entstanden sind. Es herrschte Einmütigkeit, dass die folgenden Massnahmen als vordringlich anzusehen sind:

Bei der Schwierigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit offentdichen Mitteln ist die Kapitalzufuhr aus dem Auslande eine notwendige Vorausgetzung der Besserung. Deshalb muss die sofortige Beseitigung aller inländischen Hemmungen verlangt werden, die gegenüber Anleiheaufnahmen bestehen, die
auf Grund des Vertrauens ausländischer Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft
in Deutschland erhältlich sind. Dadurch könnte über die Gemeinden oder offentlich-rechtlichen Kreditinstitutionen eine wesentliche Belebung des Baugewerbes und der mit ihm verbundenen Industrien erzielt werden. Umweiteren Industriezweigen Beschäftigung zu schaffen, sollen Reichsbahn und Reichspost
im Hinblick auf ihre im Haag erreichte Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe zur beschleunigten Auftragsvergebung veranlasst werden. Die Ansätze für Bauzwecke und Notstandsarbeiten in den öffentlichen Haushalten sind vorweg zu
verabschieden, damit eine vernünftige Verteilung der Aufträge umgehend erTolgen kann.

Gleichzeitig mit allen erforderlichen Massnahmen zur Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, auch durch verstärkte Fortführung der Notstandsarbeiten,

muss bei der Gestaltung des Reichshaushalts der gesteigerte Sozialbedarf für Erwerbslosenunterstützung unbedingt sichergestellt werden. Angesichts der grossen Zahl langfristiger Erwerbsloser bedarf insbesondere die Krisenfürsorge einer Neuregelung.

Am Dienstag wurden zwischen Varel und Diekmannshausen in Oldenburg bei einem Eisenbahnunglück zwei Personen schwer und neun leicht verletzt.

Der Führer eines von Varel kommenden Personenzuges hatte infolge des dichten Nebels ein auf Halt gestelltes Signal übersehen und führ mit voller wucht auf einen vor der anderen Station stehenden Güterzug auf. Beide Lokomotiven wurden schwer beschädigt. Der Materialschaden ist bedeutend.

SPD. Paris, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die deutsche und tranzösische Saardelegation hielten am Dienstag eine Vollsitzung ab, ohne jedoch über eine allgemein gehaltene Fühlungnahme hinauszukommen. Angesichts des komplizierten Charakters der zur Behandlung stehenden Probleme sind greifbare Ergebnisse allerdings gegenwärtig noch nicht zu erwarten.

SPD. Paris, 21.Januar (Eig.Drahtb.)

In der seit Wochen im Gange befindlichen Aussprache über den bevorstehenden ausserordentlichen Parteitag der sozialistischen Partei, der eine Entscheidung über die Regierungsbeteiligung zu treffen hat, hat am Dienstag im
"Populaire" der Abg. Vincent Auriol das Wort zu einigen Bemerkungen von prinzipieller Tragweite ergriffen.

Auriol protestiert zunächst dagegen, dass man durch ein einfaches Ja oder Nein die Partei zwingen wolle, eine schematische Entscheidung zu fällen, die notwendigerweise nur einen verfälschten Ausdruck der wahren Stimmung gebe. Es gebe heute verschiedene Nuancen zwischen den extremen Ja-Sagern und den extremen Nein-Sagern, und diesen Nuancen müsse man Rechnung tragen, wenn man eine wirklich enrliche Entscheidung in diesem Kampf, in dem es in erster Li-nie um Prinzipien und Doktrinen gele, treffen wolle. Es sei daher zu fordern, dass die Resolutions-Texte so abgefasst wurden, dass sie allen Nuancen zwischer Ja und Nein gerecht werden, denn wohl gebe es Parteianhänger, deren Ideologie auf dem Vertrauen zur Dauerhaftigkeit von parlamentarischen Koalitionen, auf der Verlässlichkeit der Sozidarität der republikanischen Linken basiere, ebenso vie es bei den Gegnern der Koalition Ströme gebe, die die Beteiligung in jeder Form und an jeder Regierung ablehnten, ausgenommen an einem reinen sozialistischen Kabinett unter Ausschluss der Nachbarparteien. Die eigentliche Majorität der Parteimitglieder befinde sich zwischen diesen beiden extremen Flügeln. Es gebe solche, die nur die Beteiligung in der gegenwärtigen Kammer ablehnten und solche, die nur, solange die gegenwürtigen parlamentarischen Bedingungen, Gegner der Regierungsbeteiligung seien. Andere wieder seien der Ansicht, dass nicht die Majorität in der Regierung selbst, sondern die Majorität im Parlament entscheidend sein müse für die Beschlüsse der Partei.

Auriol weist schliesslich auf die Resolution in seinem eigenen Wahlbezirk hin, die er dem Kongress zur Nachahmung empfiehlt, insofern als sie in der Tat den gegenwärtigen Schattierungen und Abstulungen zwischen den beiden extremen

Flügeln Rechnung trage, und die bevorstehende Entscheidung zu einer Entscheidung von prinzipieller Tragweite für die Parteidoktrin mache, anstatt sie in einen taktischen Kampf mit kleinlichen Manövern ausarten zu lassen.

SPD. Hannover, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Provinziallandtag für die Provinz Hannover wählte am Dienstag von
den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten den welfischen Rechtsanwalt
Hagemann-Verden mit 56 Stimmen zum Präsidenten. Auf den langjährigen sozialdemokratischen Präsidenten Landrat Stille entfielen 39 Stimmen der Sozialdemokraten und 10 Stimmen des Zentrums. Die Sozialdemokratie verzichtete nach
dieser Verletzung parlamentarischer Gepflogenheiten auf die Entsendung eines
Vertreters in das Präsidium.

In einer Unterredung eines Vertreters der "Kölnischen Zeitung mit dem Generaldirektor Heine der deutschen Ford-Gesellschaft äusserte sich dieser über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der in Aussicht genommenen Kölner Ford-Niederlassung u.a.: "Es ist ebenso gut möglich, dass wir mit nur 800 Mann Belegschaft beginnen, und wir nicht gleich zu Anfang 1500 einstellen werden. Auf jeden Fall werden wir jedem Arbeiter einen Mindestlohn von 16 Mark um Tage zahlen, steigend bis 24 Mark täglich. Es stimmt auch, dass wir in unserem Kölner Betriebe die 5 Tage-Arbeitswoche einführen werden (40 Arbeitsstunden in der Woche)."

SPD. Hannover, Zl.Januar (Eig.Drahtb.)

In dem Sprengstoffattentäter-Prozess beantragte der Staatsanwalt am

Dienstag gegen den Angeklagten Heinrich Buchholz fünf Jahre und gegen den

Angeklagten Friedrich Buchholz zwei Jahre Zuchthaus unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Stellung unter Polizeiaufsicht.

In seiner Anklagerede Detonte der Staatsanwalt, dass er es für unwahrscheinlich nalte, dass Friedrich Buchholz, der sich selbst der Täterschaft bezichtige, der wirkliche Täter sei. Selten habe ein Angeklagter so krampfhaft sein Geständnis abgegeben und aus einem Konzept auswendig gelernt. Ein Mensch, der eine Tat begangen habe würde sich dieser Tat auch erinnern können schne Konzept. Viel sicherer sei dagegen die Annahme, dass sein Bruder Heinrich der Täter sei, den zu decken sich Friedrich anscheinend aus irgend einer Dankespflicht vorgenommen habe. Aus verschiedenen Äusserungen des Heinrich Buchholz vor der Tat, aus den Bekundungen über seine Kenntnisse mit Sprengstoff, aus dem Fund von Staufferbuchsen in seinem Besitz, aus seiner nach der Tat; erfolgten Flucht nach Berlin, aus dem Wust von Kassibern, die meinrich Buchholz in der Untersuchungshaft geschrieben nabe sei zu schliessen, dass er der Täter sei. Friedrich Buchholz dürfte Jedoch ein Attentat an der Synagoge versucht haben. Bei ihm sei also auf ein versuchtes Attentat zu erkennen.

Der Verteidiger des Friedrich Buchholz führte aus, dass die Angeklagten nicht die geistigen Urheber der Attentate seien. Zwar leugne die KPD, dass sie den Individual-Terror begünstige, seiner Ansicht nach müsse Jedoch die geistige Urheberschaft bei einer Stelle liegen, die es für richtig hält, Terrorakte zu entfesseln. Dabei komme nach seiner Ansicht nur der Zeuge Schmidt in Frage, der sich vielleicht als Vorposten der KPD gefühlt habe. Auch der Verteidiger des Heinrich Buchholz versuchte den Verdacht der Urneberschaft von seinem Mandanten abzuwälzen und erklärte, dass dieser nur aufgrund eines

Indizienbeweises verurteilt werden könne. Angesichts der ausserordentlichen hohen Freiheitsstrafen, die auf dem Delikt des Sprengstoffverbrechens ruhen, müsse dieser Beweis 100 prozentig geführt oder ebenfalls auf Freispruch erkannt werden.

SPD. Der Techerwonzenprozess stand am Dienstag im Zeichen vollkommener Ratlosigkeit. Die Verhandlungen mussten wiederholt unterbrochen werden, weil das Gericht immer wieder beraten musste, ob Anträge der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft angenommen werden sollten.

Es handelte sich insbesondere um die Vernehmung des Buchdruckereibesitzers Schneider aus München. Nach der Strafprozessordnung kann ein Zeuge eine Aussage, durch die er sich selber belastet, verweigern. Schneider ist aber gerade einer der Hauptangeklagten und zwar derjenige, der in Frankfurt/M. die falschen Banknoten gedruckt hat. Da es eine Sinnlosigkeit ist, den Mann in derselben Angelegenheit, in der er unter Anklage stand, als Zeugen zu befragen schlagen Verteidiger und Staatsanwalt vor: das Verfahren gegen ihn und seinen Helfer Köpping, das zu Beginn des Prozesses von dem Hauptverfahren abgetrennt war – Schneider war damals unabkömmlich – wieder mit diesem zu vereinigen. Dieser Antrag wurde nicht weniger als 3 Mal in derselben Sitzung gestellt und drei Mal abgelehnt.

Die Sache wurde dadurch besonders peinlich, dass Wartenberger mit Witzcher operierte: er wollte es darauf ankommen lassen. Fragte also: "Sind Sie verheiratet?" Schneider: "Jawohl". Wartenberger (triumphierend zur Verteidigung). Sehen Sie, er antwortet ganz schön!" Aber über die Personalien kam er nicht hinaus. Bei der dritten Frage war er am Ende. Der Zeuge – der natürlich auch nicht vereidigt werden konnte – schwieg hartnäckig. Jetzt war die Heihe zu triumphieren an den übrigen Prozessteilnehmern. Der Vorsitzende blieb unbeflohrbar. Er suchte sich dadurch zu retten, dass er den beiden Staatsanwälten die Fragestellung zuschob. Aber der Erfolg war wiederum negativ. Schneider, dessen Aussage von grosser Wichtigkeit gewesen wäre – viel wichtiger als die von mindestens einem Dutzend anderer Zeugen – musste entlassen und wiederum nach München zurückgeschickt werden.

Das einzige positive Ergebnis dieser unrühmlichen Sitzung war der Beschlus den Kapitän Ehrhardt auf Anfang der nächsten Woche als zeugen zu laden.

SPD. London, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Flottenkonferenz, für deren Zustandekommen der Ministerpräsident der Arbeiterregierung Ramsay MacDonald das Hauptverdienst besitzt, wurde am Dienstag durch eine Rede König Georg V. eröffnet.

Schwerer Nebel lastete über London und verzögerte das rechtzeitige Eintreffen des Königs und eines Teiles der Delegierten sowie der übrigen nahezu 1000 eingeladenen Personen. Die königliche Galerie des Oberhauses bot im Glanze der Lichter, die durch den in den festlichen Saal eingedrungenen Nebel leicht abgeschwacht waren, ein eindrucksvolles Bild. Ausser den Gemälden an den Wänden mit den Darstellungen militärischer Ereignisse der Vergangenheit und den Uniformen der livrierten Torhüter erinnerte im ausseren Bild der Versammlung hients an den militärischen Charakter der Verhandlungen. Im Gegensatz zu den Konferenzen über militärische und Flotten-Fragen im vergangenen Jahrhundert war im weiten Umkreis der Teilnehmer keine militärische Uniform zu erblicken. Auch sonst ist die Szene durch jene Vereinigung von unaufdringlichem Pomp und Einfachheit gekennzelennet, in der die Engländer bei allen zeremoniellen Gelegenheiten Meister sind. So streng war die Überwachung des Einganges zum Sitzungssaal, dass der britische Aussenminister Henderson, einer der priti-

schen Hauptdelegierten, auf ein Haar nicht zur Sitzung zugelassen worden wäre, da er seine Legitimationskarte vergessen natte.

Bie Hede des Königs war auf einen ausgesprochen pazifistischen Ton gestellt und wies deutlich Züge des aussenpolitischen Arbeitsprogramms der Arbeiterregierung auf. So insbesondere in der Feststellung, dass die Ergebnisse der Löndoner Konferenz die zukünftigen Arbeitender Vorbereitenden Entwaffnungskommission des Völkerbundes erleichtern und den zeitpunkt beschleunigen mögen, zu dem eine zukünftige allgemeine Abrüstungskonferenz das Problem auf eine umfassendere Weise in Angriff nehmen werde.

MacDonald petonte in seiner Rede, dass jedes Land die Lasten der Rüstungen fühle, vor dem Wettrüsten Angst empfinde, über dem Werk der bewafineten Sicherheit Zweifel habe und einen Ausweg aus diesem Zustand wünsche. Die Schwie rigkeiten kämen hauptsächlich aus dem Mangel an Vertrauen. Man frage sich. ob. wenn irgend ein Staat seine Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft friedlicher Staaten preche, die Schiedsgerichtsbarkeit versage und daraus eine Lage entstehen werde, aus der es nur einen Ausweg gebe - Kampf. Solche Gedankengänge beherrschtendas Denken der Nation und verhinderten einen wirklichen Wandel in der Haltung gegenüber dem Militarismus. Die ganze welt richte ihre Augen auf London und erwarte, dass die Konferenz von dem Willen zur Befolgung der Grundsatze des Kelloggpaktes geleitet würde. Vor allem verlange die Welt von der Londoner Besprechung eine Beendigung des Wettrüstens, das wiederum eingesetzt habe. Falls man nicht vorsichtig sei, werde man noch einmal in ein ahnliches Rüstungsfieber hineingeraten wie es dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 voräusgegangen seil Schritte in der Richtung auf Abrüstung müssten auf internationaler Basis zustandekommen und in verhältnismässig kurzer Zeit immer wieder revidiert werden, damit die Bestrebungen, die auf Sicherheit abzielten und von den Politikern vorgenommen würden, in einer fortschreitenden Verminderung der Bewaffnung ihren Ausdruck Tanden. Es werde die Arbeit der Konferenz erleichtern wenn die Staatsmänner die Tatsache anerkennen würden, dass die verschiedenen Länder durch ihre verschiedene geographische Lage, Verantwortlichkeit und Angriffsfläche im Kriegsfalle verschiedenartige Bedürfnisse hätten. Es könne nicht geleugnet werden, dass der Begriff "Bedürfnis" unendlich dehnbar sei, äber vei einem wirklichen Friedenswillen könne die Konferenz an diesem Begriff des Bedürfnisses der Länder nicht scheitern. Eine grosse Voraussetzung für den Erfolg der Konferenz sei, dass die Seeabrüstung mit den übrigen militärischen Fragen im Zusammenhang stehe. Grossbritannien sei eine Insel und seine Verteidigung ruhe auf der Flotte. Falls England einen Beitrag zum Frieden leišten wolle, so musus es zur See sein. "Falls wir - so schloss MacDonald - im gegenseitigen Einverständnis unsere mächtigsten Waffengattungen einschränken und dabei noch unsere nationale Sicherheit erhöhen, so wird die Londoner Konferenz ohne Zweifel einen der grossen Marksteine bilden, welche den Fortschritt der Menschheit kennzeichnen."

Anschliessend gaben die verschiedenen Delegierten ähnlichen Gefühlen oder zumindest Bekenntnissen Ausdruck wie MacDonald. Alle unterstrichen ihre Entschlossenheit, die Konferenz zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Der amerikanische Delegierte Stimson erklärte sogar, er werde die Konferenz nicht verlassen, ohne dass ein Erfolg zustandegekommen sei. Als die Delegierten und Gäste die Zeremonien der Konferenzeröffnung verliessen, hatte der Nebel, der über London gelastet natte, einem strahlenden Wintertag Platz gemacht.

SPD. Bern, 21.Januar (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag wurde im Kunstmuseum in Bern ein Bild von Holbein dem Jüngeren. den Erasmus von Rotterdam darstellend, im Werte von 20 000 Franken gestohlen. Den Tätern ist man auf der Spur.

SPD. Basel, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Fraktion hat im Nationalrat folgende Interpellation

eingebracht:

3

"Um den Sitz der Reparationsbank für die Schweiz und Basel zu gewinnen, hat nach Pressemeldungen zu schliessen, die schweizerische Delegation im Haag der Bank vollständige Steuerfreiheit und ihrem Personal Befreiung von der Einkommensteuer zugestanden. Billigt die Regierung dieses weitgehende, mit den kantonalen Gesetzen in Widerspruch stehende Entgegenkommen? Erfolgte es in seinem Einverständnis? Welches ist der weitere Jnhalt des Abkommens zwischen den Mächten und der Schweiz? Hat Basel noch andere Verpflichtungen zu übernehmen? Welche Vorteile verspricht sich die Regierung von der Reparationsbank für Basel Rechtfertigen sich die bewilligten Privilegien?"

SPD- Brüssel, 21. Januar (Eig.Drahtb.)

Jn der Kammer interpellierte der sozialistische Abgeordnete Brunaut Dienstag den Justizminister über die Umtriebe faschistischer Sipone und Lockspitzel auf belgischem Boden. Die Presse habe schon mehr als einmal auf sie aufmerksam gemacht und der wegen angeblicher Vorbereitung eines antifaschistischen Attentats verhaftete Bernieri habe ein Buch über die Organisation des italienischen Spitzelwesens veröffentlicht. Die Polizei und die Justiz schienen aber von allem keine Kenntnis zu haben. Es liegen vielmehr Beweise dafür vor, dass die belgische Polizei zu dem italienischen Lockspitzel Menapace Beziehungen unterhalten habe. Dieses Gesindel lasse die Polizei gewähren. Nur wenn es sich um Antifaschisten handele, die von italienischen Behörden denunziert oder verfolgt würden, lasse man die Polizei auf sie hetzen, sie verhaften oder des Landes verweisen.

Der sozialistische Abg. <u>Pierard</u> ergänzte diese Angaben. Die belgische Polizei habe sich schon in der Utrechter Fälschungsaffäre in einem wenig blendenden Licht gezeigt. Schon damals habe die Regierung bewiesen, dass sie sich von der Politischen Polizei übers Ohr hauen lasse. Es wäre an der Zeit, dass diese Politische Polizei etwas genauer überwacht und ihren Machenschaften mit den ita-

lienischen Spionen ein Ande gemacht werde.

Die Antwort des Justizministers war äusserst schwach. Er erklärte, er lasse keine Ausländer leichten Herzens und nur nach gründlicher Prüfung jedes einzelnen Falles ausweisen. Die Rolle des Lenapace sei zweifellos unzulässig. Käme er nach Belgien, so würde er verhaftet. Er glaube aber nicht, dass die italienische Legierung von der Tätigkeit des Menapace kenntnis gehabt habe. Solche Leute handelten oft aus eigenem Antrieb. Hier ruft der Abg. Pierard dem Minister zu: "Sie dürfen ja gar nicht anders reden!", worauf der Justizminister die Antwort schuldig blieb.

Die Interpellation hat dazu beigetragen, den schon jetzt sehr starken öffentlichen Unwillen gegen die faschistischen Umtriebe in Belgien noch zu erhöhen

Gegenüber dem Dementi Hitlers, dass er seinen Berliner Unterführer Goebbels wegen der Anrempelung Hindenburgs nicht gemassregelt habe, erfährt die Partei-Korrespondenz des Bayerischen Bauernbundes von einem Redaktionsmitglied des Berliner "Alarm", dass der "Alarm"seine Behauptung voll aufrecht erhält und in seiner nächsten Nummer mit detaillierten Angaben beweisen werde.

SPD. Dresden, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Der sächsische Ministerpräsident hat den Minister Elsner von dem Amt des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums entbunden und den Minister des Innern Richter beauftragt, die auf weiteres die Geschäfte des Arbeits- und Wohlfahrts ministers zu übernehmen. Richter ist Fachminister, der der Deutschen Volkspartei nahe steht.

SPD. Köln, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

Die beiden Huppeler und Joebkes, die seinerzeit vom Kölner Schwurgericht wegen Raubes zu 5½ bezw. 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, diese Strafe aber unschuldig verbüsst hatten und dann im Wiederaufnalmeverfahren freigesprochen worden sind, hatten durch ihren Verteidiger eine Entschädigung wegen unschuldig erlittener Zuchthausstrafe von je 30 000 Mark verlangt. Verteidiger und Staatsanwalt hatten sich auf einen Betrag von je 24 000 Mark gedinigt. Der preussische Justizminister hat den unschuldig Verurteilten jetzt 11 000 Mark auszahlen lassen. Die unschuldig Verurteilten haben wegender Restsumme den Klageweg beschritten.

SPD. Stuttgart, 21.Januar (Eig_Drahtb.)

Front mit den ausgesprochenen Reaktionären Bazille und Körner, die aus ihrer feindseligen Einstellung gegen den neutigen Staat, seine Verfassung sowie gegen das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem nie einen Hehl gemach und durch Teilnahme an der Hugenberg-Volksbegehrensaktion erst jüngst wieder bewiesen naben, dass sie Gegner der vom Reich betriebenen Friedens und Verständigungspolitik sind, hat die Deutsche Demokratische Partei in eine schwere Krise hineingeführt. Das erste Anzeichen ist die Tatsache, dass der Senior der Partei, der noch einer ihrer Mitbegründer und jahrzehntelanger unbestrittener Führer in der Reichs- und Landespolitik war, Friedrich Payer, Vizekanzler des Deutschen Heiches unter der Regierung des Prinzen Max von Badon, seinen Austritt aus der Partei erklärt hat. Ihm dürften zweifellos zahlreiche andere Mitglieder der Partei bald folgen.

Die Demokraten werden jetzt nicht mehr bestreiten können, dass sie in einem Bürgerblock eingetreten sind, der seine Spitze naturnotwendig gegen die Sozialdemokratie und damit gegen die von ihr vertretene Arbeiterschaft richtet, nachdem ihr eigener Führer Payer ihrem Schritt keine andere Auslegung zu geben vermochte. Friedrich Payer ist heute trotz seines hohen Alters noch eine politische Potenz ersten kanges. Er hat seinen Schritt der Partei gegenüber in der Weise begründet, dass er ihn nicht aus irgend welchen taktischen Gründen, sondern aus Gründen der politischen Reinheit getan habe, die er für unabweisbar hielt. Er hat seinen Schritt reiflich erwogen und es hat ihn sehr erregt, dass er bei sorgfältigster Prüfung zu keinem anderen Ergebnis zu kommen vermochte. Er nült jedoch an seiner Entscheidung fest und hat infolgedessen auch die Versuche der Partei, ihn zur Zurücknahme seiner Austrittserklärung

zu bewegen, abgelehnt.

Mit Friedrich Payer gemeinsam sind auch seine Familienmitglieder, sein Sohn Fritz Payer, früher Bürgerausschuss-Vorsitzender der Stadt Stuttgart, seine Tochter Frau Dr. Müller-Payer, Mitglied der verfassungsmüssigen Landes-versammlung Württembergs und Rechtsanwalt Dr. Müller-Payer aus der Deutschen Demokratischen Partei ausgetreten.

SPD. München, 21. Januar (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess wegen des Dinkelscherbener Eisenbahnunglücks wurden am Dienstag die drei Mitangeklagten Hüblers, drei Beamte des Sicherungsdienstes vernommen. Im Verlauf ihrer Vernehmung wurde festgestellt, dass das Unglücks-Stellwerk, bevor es in Dinkelschwerben aufgestellt wurde, bereits 30 Jahre lang Dienst an einem anderen Bahnhof geleistet hatte. Auf die Bedenken des Vorsitzenden ausserten die Beamten, dass teilweise noch ältere Stellwerke in Betrieb seien. bei ihrem Einbau in Dinkelscherben sei die Apparatur vollkommen betriebssicher gewesen und es hätte nie etwas passieren können. Nach dem Unglückstag haben die drei Angeklagten übereinstimmend beobachtet, dass an dem Apparat herumgefeilt worden sei. Das Störungsbuch, in das der eine der Angeklagten die beobachtete: Störung eingetragen hatte, ist verschwunden. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass das Stellwerk nach dem Unglückstag noch zwei Monate lang in Betrieb genalten wurde.

Der Gerichtshof hat inzwischen eine Ortsbesichtigung in der gleichen Stunde vorgenommen, in der das Unglück geschah. Der Angeklagte Hübler führte den Gerichtspersonen die Manipulationen vor, die er wei seinem Dienst auszuführen hatte.

SPD. London, 21.Januar (Eig.Drahtb.) Der Präsident der indischen gesetzgebenden Versammlung erklärte am Dienstag, er werde trotz der Beschlüsse des indischen Nationalkongresses auf den Vorsitzeder gesetzgebenden Versammlung nicht verzichten. Er erklärte sich ferner im Gegensatz zum Nationalkongress für den Dominienstatus und nicht für völlige Unabhängigkeit Indiens als Ziel der indischen Freiheitsbewegung.

SPD. Braunschweig, 21. Januar (Eig.Dr.) Das Schöffengericht Braunschweig verurteilte am Dienstag den Bankräuber Bernhard Polczyk zu 10 Jahren Zuchthaus. Drei Komplizen des Polczyk erhielten je 6 Jahre Zuchthaus. Die Bankräuber hatten im November 1929 auf zwei Filialen der Braunschweigischen Landessparkasse Raubüberfälle verübt. Alle vier waren bei den überaus dreisten Anschlägen bewaffnet.

SPD. Frankfurt/M., 21. Januar (Eig.Dr.) Der Magistrat der Stadt Worms, mit dem Oberbürgermeister an der Spitze, hat der Stadtverordnetenversammlung seine Demission angeboten. Den Magistratsmitgliedern war in letzter Zeit in der Öffentlichkeit Wiederholt vorgeworfen Worden, dass die schlechte Finanzlage der Stadt durch die überhohen Gehälter der leitenden Kommunalbeamten mit verursacht sei.

> (Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

"Aussenminister" Dr. Held.

SPD. München, 21. Januar (Eig. Bericht)

Im bajuwarischen Sinne begeht man wahrscheinlich ein Staatsverbrechen,
wenn man die "aussenministerliche" Herrlichkeit des bayerischen Ministerpräsidenten durch Anführungsstriche anzweifelt. Aussenpolitische Brennpunkte des
bayerischen Staates gibt es zwar nur noch in einigen Gesandten und Konsuln, die
in der Vatikanstadt, in Berlin, Stuttgart, Lübeck und vielleicht auch in Lippe
von der ihnen aufgebürdeten diplomatischen Geschäftslast schier erdrückt werden. Davon aber abgesehen, besteht die Amtsfähigkeit des bayerischen "Aussenministers" nur in dem ihm wie jedem anderen deutschen Volksgenossen zustehenden Recht, am Stammtisch oder in Versammlungen seinen aussenpolitischen Meinungen freimütig Ausdruck zu geben. In der Tat macht auch der gegenwartige bayerische "Aussenminister" von diesem Recht zeitweise ausgiebigen Gebrauch, am
häufigsten im Kreise seiner Regensburger Familienrunde. Wahrscheinlich deswegen, weil Regensburg der einzige Ort zu sein scheint, wo man ihn auch aussenpolitisch noch ernst nimmt.

In Regensburg kann Held - wie er es am Sonntag getan nat - zwei Stunden lang die offizielle Aussenpolitik der deutschen Republik so zerpflücken, dass die in Verehrung triefenden Zuhörer der Bayerischen Volkspartei vom dogmatischen Glauben an die aussenpolitische Sendung ihres Helden erfüllt werden. Einzig dort kann er sich als unbelehrbarer Doktrinär des staatspolitischen Primats vom Thron und Altar die Behauptung erlauben, dass der aus der Kriegsnieder-lage zwangsläufig resultierende Aufstieg des werktätigen Volkes zum Staat und die Umschichtung der öffentlichen Gewalten "ausschliesslich unseren ehemaligen Feinden genützt" haben. Eine derart reaktionäre Einstellung eines Mannes, der nun bald sechs Jahre lang die amtliche Politik des Freistaats Bayern führt, ist ein Anachronismus und leider mehr als alles andere geeignet, das geringe Ansehen, das Bayern bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes gerade noch geniesst, noch weiter herabzumindern.

Taktvoll wie Herr Dr. Held nun einmal ist, kann er es dem toten Stresemann nicht vergessen, dass er schon mit seinen früheren Regensburger Tiraden von ihm in die Schranken gewiesen wurde. Obgleich er den Verhandlungsweg mit den ehemaligen Kriegsgegnern als den einzig möglichen erklärt, "um überhaupt wieder zu besseren Verhältnissen zu gelangen, beschimpft er Stresemann mit der Behauptung, dass dessen Aussenpolitik einen grossen Teil der Schuld daran trage, wenn das deutsche Volk heute das zerrissenste sei; Stresemanns Illusionen und Optimismus hättenverschuldet, dass das deutsche Volk heute einem grossen inneren Kriegslager gleiche. Helds eigene "wirklich starke Aussenpolitik" besteht darin, Deutschland aus der Zinsknechtschaft des Auslands durch eigene Sparsamkeit, eigene Arbeit und eigenes Kapital zu retten. Wie er dies zuwege bringen will, der bayerische Nassauer, das verrät er seinem bedrängten Volk mit keinem Wort. Er meint nur, die Liebe muss uns alle zusammenhalten, um im selben Atemzug mit ubler Stahlhelmphrase die Sozialdemokratie zu verleumden, dass sie in ihrer internationalen Einstellung das Parteiinteresse über das Vaterland stellew und sich mit Gewalt und Terror durchsetzen wolle. Solch wüste unsachliche Anrempelungen darf sich neute der verantwortliche Minister des zweitgrössten deutschen Landes erlauben und dann noch den Gekränkten spielen, wenn er bei irgendwolchen Verhandlungen mit dem Reich in Berlin eine Figur macht, die fast niemand mehr ernst nimmt.

Seine "aussenpolitische" Weisheit für die aktuelle Entscheidung des Tages erschöpft sich in dem Bekenntnis, dass er mit sich selbst noch nicht im reinen sei, ob man den Youngplan annehmen oder ablehnen soll. Dr. Held muss zwar anerkennen, dass die völlige Räumung des besetzten Gebietes; die Befreiung der Reichsbahn von ausländischer Bevormundung, die Milderung der Annuitäten, der Vegfall der Industriebelastung und das Verschwinden der Rentenmarktzinsen-

belastung sehr "grosse und bedeutende Sachen" sind, aber trotzdem traut er sich noch kein entscheidendes Urteil zu. Ihm ist eben viel wohler, wenn er sich hinter "grösste Zurückhaltung" verschanzen kann, weil er sonst anerkennen müsste, dass die deutsche Aussenpolitik von Versailles bis zum Haag doch auch ohne ihn dem deutschen Volk bessere Verhältnisse geschaffen hat.

Aber zu dieser Ehrlichkeit darf es der reaktionäre Innenpolitiker Held nicht kommen lassen. Sonst würde ihm ja die Grundlage unter den Füssen schwinden, auf der er seinen unsachlichen Kampf gegen die Innenpolitik der deutschen

Republik und ihre Fahnenträgerin, die Sozialdemokratie, führt.

Verwirrung in Indien.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Kalkutta, im Januar (Eig.Bericht)

Die Situation in Indien ist aurch die Beschlüsse des Indischen Nationalkongresses von Lahore nicht reklärt worden. Seine Entschliessungen, die trotz
ihrer Präzision in Wirklichkeit vollkommen vage und aehnbar sind, haben die
gesamte Lage nur noch konfuser gemacht. Augenblicklich stecken die indischen
Nationalisten eben so gut wie die anglo-indische Regierung mitten in der
höchsten Verwirrung. Das Bemühen aller Beteiligten, die Extremisten ausgenommen, geht darauf aus, einen Weg aus der Sackgasse zu finden, in die alle Partner aurch überstarke Anwendung taktischer Mittel hineingeraten sind.

Leider ist die Zauderpolitik der anglo-indischen Regierung in der Amnestiefrage wieder einmal, wie schon so oft, der unmittelbare Anlass für das augenblickliche Kuddelmuddel gewesen. Die Bedenken der Fachleute naben in dieser psychologisch so wichtigen Frage Leider den Sieg über den politischen Instinkt der Labourpolitiker in der Regierung und im Parlament davongetragen. Anstatt die von den indischen Führern als Voraussetzung für ihre Verhandlungsbereitschaft geforderte Generalamnestie zu bewilligen, hat die Bürokratie versucht, eine Geste, die sich zu einem Akt staatsmännischer Weisheit und voraussicht hätte entwickeln können, in ein kleines politisches Schachergeschäft zu verwandeln. Dabei ist die anglo-indische Regierung auch diesmal wieder in eine höchst peinliche Defensive gedrängt worden. Sie wird schliesslich sicher unter dem gemeinsamen Druck der öffentlichen Meinung Englands und Indiens zurückweichen und einen wenig enrenvollen Rückzug durch ihre Einwilligung in die bedingungslose Freigabe ihrer politischen Opfer antreten müssen, während sie alle Chancen hatte uurch Grosszügigkeit, einen bedeutenden moralischen Erfolg zu erzielen.

Die zwischen innerer Unsicherheit und äusserem Prestigebedürfnis schwankende Haltung der Regierung hat dem Indischen Nationalkongress die Folie gegeben, die er sonst nie gehabt hätte und die er vor allem dringend gebraucht hat. Ohne den unfreiwilligen Sukkurs der Bürokratie wären die Verhandlungenwahrscheinlich mit den Bemühungen der älteren Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung ausgefüllt gewesen, ihre Position gegen den Ansturm der Jungen zu verteidigen, die unter den Auspizien zweier ehrgeiziger und in ihren Mitteln nicht gerade wählerischer Aktivisten. Subhas Chandra Bose, der von den Lorbeern eines indischen Lenin träumt und seines Trabanten Yyengar versuchen wollten, die indische Freiheitsbewegung unter dem Druck der allgemen nen Spannung in das Fahrwasser des revolutionären Nationalbolschewismus abzudrängen. Sie konnten hierbei auf die wohlwollende Unterstützung des Kongresspräsidenten Jawaharlal Nehru rechnen, der Moskau näher steht als seinem politischen Lehrer Gandhi und der pereits die Auseinandersetzung auf dem Allindischen Trade Union Kongress zu Gunsten der Radikalen entschieden hatte. Die Abwehr ist Gandhi nicht schwer gefallen, nachdem ihm die Unnachgiebigkeit der Regierung dazu

Terholfen hatte, die Attacke der Opposition durch die radikale Geste des Boykotts der gesetzgebenden Körperschaften und der Ablehnung der Round Table
Konferenz abzuwehren. Der Kongress ist Gandhi mit grosser Mehrheit gefolgt;
aber hinter diesen Drohungen steht noch lange nicht die Revolution. Wer neute
schon erwartet, dass das indische Volk aufsteht und dass die Flammenzeichen
rauchen, wird nicht auf seine Rechnung kommen. Der Knoten wird sich wieder einmal in Verhandlungen auflösen und entscheidend für ihren Ausgang wird das Verständnis Englands dafür sein, was Gandhi seiner Gefolgschaft an Kompromisswillen zumuten kann.

Soweit die anglo-indische Presse die Lage nicht im Hohlspiegel parteipolitischer Interessen nicht ins Ungeheure verzerren muss, macht sie sich das Leben durch die Feststellung leicht, dass der Indische National Kongress nicht die Vertretung des indischen Volkes sondern eine bunt durche inandergewürfelte Plattform der verschiedensten politischen und religiösen Anschauungen ist, hinter dem nicht einmal bedeutende Massen stehen. Das ist richtig. Trotzdem dürfen die von ihm ausgehenden agitatorischen und moralischen Kräfte namentlich in Zeiten starker nationaler Erregung nicht unterschätzt werden.

Er ist im Wesentlichen eine Angelegenheit des indischen Kleinbürgertums. aber er übt auf die Arbeiterbewegung, die erst auf der Suche nach einem poli tischen Ziel ist, einen weachtenswerten Einfluss aus. Auch die Bauernschaft sucht in der ersten Phase ihres Ringens nach politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit Schutz beim Kongress. Darum kann er trotz der numerischen Schwäche seiner direkten Gefolgschaft und seiner offensichtlichen organisatorischen Mängel dennoch historisch und moralisch als die Gesamtvertretung des indischen Volkes angesprochen werden. Der anlässlich der Eröffnung des Kongresses wiederholte Versuch von ehemaligen Skhsoldaten, die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechungen auf Zuteilung von Boden durch eine friedliche Be-Lagerung des Gouvernementspalastes von Lahore zu erzwingen, die Bauernbewegung von Bardoli, deren erfolgreiche Steuerverweigerung anderwärts bereits Nachahmung zu finden beginnt, sind Symptome dafür, dass sich auch in der indi-schen Landbevölkerung Kräfte regen, die so schnell nicht zur Ruhe kommen werden. Jedenfalls müssen sie als Faktoren in die politische Rechnung eingestellt Werden und es ist verkehrt, einzig und allein darauf zu bauen, dass das schlafende Indien noch weit vom Erwachen ist und dass sich auch jetzt schon wieder rechts von Gandhi eine Opposition zu regen beginnt, die unter der Führung Annie Besants gewillt ist, an einer Round Table Konferenz teilzunehmen.

Aus der augenblicklichen Verwirrung wird sich schon, früher oder später ein Ausweg finden, aber die englischen Politiker, die jeweils verantwortlich für die indische Frage zeichnen, dürfen darüber nicht vergessen, dass ein anderes Indien im Werden ist, dass neue kulturelle und ökonomische Tendenzen ans Tageslicht drängen, die eines Tages auch dem geschicktesten Kalkül von Leuten, die ihre Sache auf nichts anderes als auf das Fortwursteln von Fall zu Fall gestellt haben, einen dicken Strich durch die Rechnung machen können.

-7

SPD. Das Reichskabinett tritt am Mittwoch-Vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zustmmen, die sich mit den Ergebnissen der Haager Konferenz beschäftigen wird. Die Sitzung wird voraussichtlich den ganzen Tag in Anspruch nehmen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Neutralisierende Macht.

SPD. Der Rechtsradikalismus hat ein neues Schlagwort und damit eine neue Hoffnung. Natürlich ist es die alte Hoffnung, aber in neuer Form. Man meint heute wie gestern die Diktatur - nur dass man heute nicht mehr Diktatur sagt, sondern "neutrale Macht" (Pauvoir Neutre).

Den unmittelbaren Anstoss zu dem neuen Schlagwort hat Herr Schacht gegeben. Er nat den Rechtsradikalen vorgespielt wie man es auch machen kann, und nun erinnern die sich plötzlich, dass auch noch andere Wirtschaftsgewalten ausser Herrn Schacht und neben ihnen noch andere Mächte sich gegen den herrschenden Staat erheben könnten. Das ist denen, die bisher ganz plump mit dem Gedanken der Diktatur gespielt haben, plötzlich wie eine Erleuchtung gekommen. Herr Heinz Brauweiler vom Stahlhelm nat diese Erleuchtung in der "Standarte" schleunigst zu einer neuen Theorie ausgeweidet. Er will nichts mehr wissen von der einheitlichen Staatsführung nach dem faschistisch-bolschewistischen System gegen die Demokratie - er hat es jetzt mit der neutralen Macht. Herr Schacht ist eine solche neutrale Macht gegenüber "dem herrschenden Parteistaat und Gesetzgebungsstaat". Im gewissen Sinne - so entwickelt er weiter - ist auch die Reichswehr in ganz eigenartiger Welse eine neutrale Macht. Und nun - das ist der Schluss seiner Gedankenreihe - gilt es nur noch analog der Einstellung und Arbeit der neutralen Wehrmacht eine wesensähnliche dem Staate dienende zivile Beamtenschaft zu gewinnen. In diesem Zusammenhang lobt er den Luther-

Schen Bund zur Erneuerung des Reiches, der darauf ninarbeite.

Neutrale Macht - sagen sie, aber sie meinen natürlich, dass diese Macht, die sie meinen, alles andere als neutral sein soll. Neutral neisst für sie:
Losgelöst vom heutigen Staat und seiner Verfassung. Wenn sie neutral sagen, so denken sie dabei: gegen den Staat von heute! Herr Schacht hat ihnen vorgemacht, wie sich gegen die Reichsgewalt eine zweite der Verfassung fremde Gewalt erneben kann. Das möchten sie fortsetzen, nach dem Beispiel des Herrn Schacht soll die Reichswehr Innen- und Aussenpolitik auf eigene Faust treiben, nach der Reichswehr der Beamtenkörper. So soll durch neutrale Mächte der Staat schliesslich schachmatt gesetzt werden. Wo bleibt die Verfassung, wo der Staat, wo die Einheitlichkeit der Reichsgewalt, wo die Einheit des Reiches? Aber danach brauchen die Stahlhelmpatrioten nicht zu Tragen.

Im Grunde genommen ist es eine alte Sache. Früher sagte man: Aushöhlung der Republik von innen her, heute sagt man: Neutrale Mächte. Die Arbeiterschaft wird den rechtsradikalen Hoffnungen einen Strich aurch die Rechnung machen, mögen sie sich nach alter oder nach neuer Facon maskieren.

Der Kommunist und der Klassenrichter.

In Lausick i/Sachsen wurde ein Kommunistenprozess vernandelt. Der vorsitzende Landgerichtsdirektor hörte die kommunistischen Zeugen ab, die ihre Aussagen in geschwollenen Phrasen machten. Einer von ihnen namens Pahlig sagte im Gegehsatz dazu nüchtern und sachlich aus. Der Herr Landgerichtsdirektor belobte ihn. Der Kommunist bedankte sich sofort für das Lob und setzte hinzu: "Herr Vorsitzender, Sie hätten einmal lesen müssen, was über mich die "Leipziger Volkszeitung", deren Berichterstatter dort sitzt, für Lügen zusammengeschrieben hat." Der Landgerichtsdirektor antwortete: "Das interessiert mich nicht, die Berichterstatter sind für mich Luft." Der Landgerichtsdirektor – die Kommunisten würden ihn einen Klassenrichter nehnen – hat sich durch seine Ant-

wort genügend charakterisiert. Aber der kommunistische Zeuge!

Das ist die echte kommunistische Gesinnung! Mit grossem Maul und geschwollenen Phrasen zetert man über die pürgerlichen Klassenrichter, sobald aber so ein Klassenrichter einmal ein nerablassendes Wörtchen fallen lässt, ist man hochgeehrt, man bückt sich tief bis zur Erde, man bedankt sich für die Freundlichkeit des nohen Herrn und lässt erkennen, dass man im Grunde genommen innerlich vor dem Bürgertum katzbuckelt und schweifwedelt und in Untertanengesinnung erstirbt. Aber den Sozialdemokraten gegenüber darf man selbstverständlich spucken, und wenn der Herr Landgerichtsdirektor sich herablässt, so menschlich mit dem Kommunisten selbst zu reden, so benutzt der wackere Kommunist selbstver ständlich die Gelegenheit, bei der er als nützliches Glied der bürgerlichen Gesellschaft anerkannt wird, um die Solidarität des Klassenrichters gegen den Sozialdemokraten zu suchen.

Dieser Kommunist von Lausick ist im höchsten Masse linientreu. Er hat vor Gericht nur getan, was seine Partei im grossen Stile jetzt in allen Gemeinde-parlamenten aurchführt: Die Einheitsfront der Kommunisten mit der Reaktion ge-

gen die Sozialdemokratie.

Politik und Theater.

Die Stadt Chemnitz sucht einen Nachfolger für den Generalintendanten Taube Im Theaterausschuss kamen drei Bewerber in engere Wahl, Bürgerliche und Sozialdemokraten entschieden sich einmütig für einen süddeutschen Bewerber, der die anderen weit überragt. Nach der Vorentscheidung fehlte nur noch die letzte formell entscheidende Abstimmung. Aber siehe da, es kam anders: Die Bürgerlichen hatten herausgefunden, dass der rähigste Bewerber - Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist und so erhielt er nicht eine bürgerliche Stimme, es wurde vielmehr ein durchaus zweitrangiger Bewerber gewählt. Das Wort von den Partei buchbeamten ist bekanntlich von den Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie geprägt worden!

Das Hakenkreuz beim Reinigen.

Der Sänger Erwin Riba vom Landestheater Koburg ist gekündigt worden. Nach der Kündigung erschien im bürgerlichen "Koburger Tageblatt" folgende Kritik über ihn: "Erwin Riba hat mit dieser Leistung seine Eignung als ein weit über den Durchschnitt stehender Künstler bewiesen. Der jubelnde und ostentativ immer wieder einsetzende Beifall des Hauses waren zugleich eine Willens- und Sympathiekundgebung für Riba und eine deutliche laute Demonstration gegen seine Kündigung." Sämtliche bürgerliche Zeitungen in Koburg beklagen diese Kündigung. Aber umsonst. Der Sänger muss gehen. In Koburg herrscht das Hakenkreuz, und der Sänger ist - Jude!

Der Kirchenkrieg.

Der Krieg der Konfessionen wird nirgends so erbittert geführt wie in Bayern. Wenn die Strafgesetze es zulassen würden, würden beide Konfessionen mit inquisitorischen Mitteln gegeneinander wüten. So müssen sie sich begnügen, aufeinander mit den Kanonen der Statistik zu schiessen. Die "Bayerische Staatszeitung" hat festgestellt, dass die Evangelische Kirche von der Katholischen Kirche im Jahre 1927 7921 Anhänger gewohnen hat, während die Katholische Kirche 37 481 Seelen eingebüsst hat. Diese Feststellung, noch dazu in der "Bayerischen Staatszeitung", hat die bayerischen Katholiken in Zorn versetzt, sie fe vanchieren sich mit der Feststellung, dass der Verlust der Katholischen Kirche ausgeglichen werde durch die grössere Geburtenhäufigkeit und die geringere Zahl der Selbstmorde der Katholiken gegenüber den Protestanten. Arme Statistik! Sie muss zu den dümmsten Dingen herhalten.

"f. Aŭs aller Wett

Bine Verbrecherstatistik.

SPD. In der neuesten Nummer des "Megweisers durch die Polizei" stellt der preussische Innenminister Grzesinski fest, dass die Jahre 1927 und 1928 in der Kriminalitätskurve eine Mendung deutlich machen. Im Jahre 1928 ist besonders die Zahl der Morde und der unzüchtigen Handlungen an Kindern gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Gleichzeitig etieg die Zahl der Raube, Diebstähle und gewaltsamen Unzuchtshandlungen. Die Zahl dieser Verbrechen hat im Jahre 1929 weiter zugenommen, aber auch die der Morde und anderer schwerer Straftaten.

Bei Erfüllung ihrer schweren Aufgaben im kampf gegen das Verbrechertum wurden im Jahre 1928 nicht weniger als 14 preussische Polizeibeamte getötet, dreimit der Folge dauernder Dienstunfähigkeit schwer verletzt, 311 leichter verwundet. Den Freitod wählten im Jahre 1929 insgesamt 37 Polizeibeamte; fünf Freitodsversuche sind nicht geglückt. Es ist hinzuzufügen, dass in mehreren der Selbstmordfälle die betreffenden Beamten eine gerichtliche Bestrafung zu erwar-

ten hatten.

Andere interessante Zahlen der preussischen Polizeiaktivität aus dem Jahre 1929: von 260 Morden im Staatsgebiet sind in Berlin 32 verübt worden. Jn 39 Fällen blieb der Täter unbekannt. Ausserdem wurden von den in früheren Jahren ungaufgeklärten Fällen die Täter acht verschiedener Mordverbrechen ermirrelt. Ferner kamen im Berichtsjahr 155 Mordversuche zur Anzeige, von denen 15 nicht aufgeklärt werden konnten. An Totschlägen wurden 170 gemeldet, acht von ihnen sind unaufgeklärt. Von 1955 Verbrechen des Raubes und der räuberischen Erpressung sind 1241 aufgeklärt worden, von 467 Raubversuchen 228.

Ratürlich hat auch die Zahl der Diebstähle der Polizei ausserordentlich viel Arbeit gemacht. Die Zahl der einfachen Diebstähle im Jahre 1929 beträgt 204 670 gegen 185 847 im Jahre 1928. Mehr als 100 000 Diebstähle fanden keine äufklärung. En schweren Diebstählen wurden 61 387 gemeldet, dagegen Täter nur in 21 500 Fällen ermittelt. Von 2493 gewaltsamen Unzuchtsfällen wurden 2200 aufgeklärt. Buch wo unzüchtige Handlungen an Kindern angezeigt wurden, konnten die Täter fast immer gefasst werden. Die Zahl der Brandstiftungen ist um mehr als 500 zurückgegangen.

Ehrenpreis für Wissenschaftler. Dem Professor A.J.Dempster aus Chicago sind von der amerikanischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1000 Dollar als Preis für bemerkenswerte wissenschaftliche Leistungen zuerkannt worden. Dempster hat nach fünfzehnmonatigen Versuchen bewiesen, dass das Proton, die allerwinzigste Materieneinheit im Universum, im Gegensatz zu allen früheren Theorien nicht stabil ist, sondern mit ungeheurer Schnelligkeit vibriert. Nach den Feststellungen des Professors bewegt sich das Proton mit einer eine Million malgrösseren Geschwindigkeit als Licht.

Die "Europa" fahrtbereit. Der Riesendampfer "Europa" des Korddeutschen Lloyd, der auf der Werft von Blohm & Voss in Hamburg gebaut worden ist, hat seine erste grosse Maschinenprobe mit Erfolg abgelegt.

Ein Reh als Hindernis. In der Nacht zum Dienstag verunglückte auf der Strecke Tilsit-Skaisgirren der Wagen des Rennfahrers Jaufer aus Jnnsbruck, der an der Internationalen Sternfahrt nach Monte Carlo teilnehmen wollte, im 95 Kflometertempo dadurch, dass plötzlich im Scheinwerferlicht des Wagens ein Reh stand. Der Führer riss den Wagen zur Seite, fuhr aber einen Schäferhund an, der das Reh

offenbar gehetzt hatte. Am Wagen löste sich durch den Anprall die Stosstange und geriet mit einem Ende in das linke Vorderrad. Der Wagen drehte sich um fast 90 Grad, raste weiter und rasierte eine Reihe dünnerer Chausscebäume voll=kommen weg. Trotzdem blieben der Fahrer Jaufer und sein Chauffeur unverletzt. Indessen wurden zwei Insassen, die hinten im Wagen gesessen hatten, herausgeschleudert und schwer verwundet.

Frauenkampf ums Bankkonto. Ein New Yorker Cesetz, das den im Stich gelas senen Ehegattinnen das Recht gibt, das Bankkonto des Shemannes mit Beschlag zu belegen, ist von dem Obersten Gerichtshof der Union als rechtsgültig aufrecht erhalten worden.

Aufruhr im Sträflingsschiff. Als der französische Dampfer "La Martiniere" mit einigen hundert Verbrechern an Bord nach der Strafkolonie Cayenne ausgefah ren war, brach eine Revolte aus. Während der Mittagsstunden überfielen die Sträflinge einen Aufseher und versuchten ihn zu erdrosseln, nachdem sie ihm den Revolver entrissen hatten. Die Revolte wurde schliesslich mit Hilfe einer Dampfspritze unterdrückt. Die Neuterer wurden auf vier Tage zu Wasser und Brot verurteilt.

Hinter den Autodieben her! In der Nacht zum Dienstag verschwanden in Berlin wieder 3 Autos. Am Montag und Dienstag wurden fünf Autodiebe festgenommen.

Hexengreuel in Mexiko. Ein alter Mexikaner namens Francisco de la Cruu wurde in der Ortschaft San Pedro im Staate Veracruz der Hexerei angeklagt und von der wilderregten Menge an einem Baum aufgehängt. Als der vermeintliche To= te nach zwei Stunden noch Lebenszeichen von sich gab, wurde die Bevölkerung von Schrecken erfasst und floh von der Lynchstätte. Mit unendlicher Mühe ge= lang es dem halbtoten Mann, sich zu befreien und nach der Stadt San Andres i Tuxtla zu gelangen, wo er die Behörden verständigte. Nach seinen Mitteilungen war er von dem ihm feindlich gesinnten Gemeindevorsitzenden von San Pedro auf die Anklage der Hexerei hin zum Tode verurteilt worden. Es gelang ihm, zu entfliehen. Er wurde jedoch von seinen Verfolgern wieder eingefangen und von der fanatisierten Menge zum Richtplatze geführt.

Schuhrevolution im Osten? Ein Lodzer Schuster hat ein neues Schuhmodell und zugleich auch ein neues Herstellungsverfahren erfunden, das sowohl hin= sichtlich der Kosten, wie auch der Herstellungsdauer eine Umwälzung in der gesamten Schuhindustrie hervorrufen soll. Das erste Paar dieser neu erfundenen Schuhe beabsichtigt der Erfinder dem polnischen Staatspräsidenten zu schenken.

Volksentscheid über Prohibition? Im Repräsentantenhaus in Washington wurde am Montag von einer demokratischen Abgeordneten ein Antrag eingebracht, der eine Verfassungsänderung in dem Sinne herbeiführen will, dass über die Frage einer Aufhebung der Prohibition ein Volksentscheid möglich wäre. Auch im Senat wurde eine entsprechende Stimme laut.

Preußischer Landtag

21.Januar 1930. Berlin, den

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten Sitzung

nach den Weihnachtsferien wieder zusammen.

Zunächst gedachte Präsident Bartels des inzwischen verstorbenen Abg. Thiele - Waldenburg (Soz.), der dem preussischen Parlament seit der Verfas= sungsgebenden Landesversammlung angehörte. Anstelle des Abg. Thiele ist der Abg. Schössler (Soz.) eingetreten. Sodann fordert Abg. Kasper (Komm.) einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen und anzunehmen, der die Haftentlassung des in Worms anlässlich einer Demonstration verhafteten Abg. Müller-Hesser (Komm.) verlangt. Das Haus beschliesst so.

Einem weiteren Antrag der Kommunisten, die sofortige Aufhebung des Demon strationsverbotes des Innenministers zu beschließen, kann nicht entsprochen werden, da gegen die Aufnahme dieses Antrags in die Tagesordnung von der Sozialdemokratie Widerspruch erhoben wird. Das Haus tritt hierauf in die Tages= ordnung ein und verabschiedet ohne Aussprache eine ganze Reihe von Vorlagen und Anträgen nach den Vorschlägen des Landwirtschaftsausschusses. Ebenfalls ohne Debatte wird - nach dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses - die

Zahl der Beisitzer von 8 auf 12 erhöht.

Es folgt die Beratung eines Antrages des Geschöftsordnungsausschusses, die nachgesuchte Strafverfolgung des Abg. Kerri -Peine (Nat.-Soz.) wegen Beleidi=

gung der Reichsregierung durch die Presse abzulegen.

Abg. Krüger -Brandenburg (Soz.) weist als Berichterstatter darauf hin, dass der Antrag des Ausschusses auf Ablehung der Strafverfolgung mit Stimmen= gleichheit gefasst ist. Wegen der Schwere der Beleidigung aber, der Abg. Kerrl hatte u.a. behauptet, dass die Reichsregierung junge deutsche Männer und Frauen an das Ausland verschachern wolle, müsse er im Namen der Regierungsparteien den Antrag stellen, entgegen dem Ausschussbeschluss die Immunität des Abg. Kerrl aufzuheben .- Abg. Kube (Nat. Soz.) beantragt dagegen die Rückverweisung der Angelegenheit an den Geschäftsordnungsausschuss. Die im Hammelssprung vorgenommene Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags auf Rückverweisung.

Dann wird in zweiter Lesung und als erster in der Reihe der Einzeletats fi

1930 der <u>Etat der Gestütsverwaltung</u> behandelt. Landwirtschaftsminister Dr. <u>Steiger:</u> Der Pferdebestand in Preussen ist um mehr als 60 ooo Stück zurückgegangen. Auch die Einfuh; von Pferden ist nicht auf derselben Höhe geblieben wie früher. Die Gestütsverwaltung muss auf eine grössere Erzeugung von Arbeitspferden und von Qualitätspferden Wert legen.Da= bei ist die Frage des warmen Blutes und des kalten Blutes immer noch umstrit= ten. Die Tätigkeit der Reitervereine müsse anerkannt werden. Aber diese soll= ten sich nicht politisch einstellen. Einem weiteren Abbau staatlicher Gestüte sollte man nicht mehr das Wort reden.

Abg. Frau Wohlgemuth (Soz.): Wir begrüssen das Bestreben der Gestütverwaltung, nur solche Pferde zu züchten, die der Landwirtschaft am meisten nützen. Das ist die Züchtung des Halbblut= pferdes. Mit der Unterstützung privatgenossenschaftlicher Hengsthaltung sollte der Staat, namentlich in Ostpreussen vorsichtig sein. Es ist ein unmöglichen Zustand, wenn der Staat solche Genossenschaften bis zum letzten finanzieren muss. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Entgegen ihrem früheren Verhalten sind die Kommunisten diesmal in ihrer Kritik an der Gestütverwaltung merkwürdig still gewesen. Das mag seinen Grund darin haben, dass die staatlichen Sowjet-Gestüte zu den deutschen Traberrennen Rennpferde herüberschickten mit allem dazu gehörigen Personal, von den Wärtern

Landtag Blatt 2.

angefangen bis zu den Tierärzten. (hört, hört! bei den Soz.)

Auch diesmal haben wir wieder einen Antrag eingebracht, 3 Millionen von den Zuschüssen an die Rennvereine zu streichen. Wir sind der Auffassung, dass die Gelder bei der heutigen Finanznot des Staates an anderen Stellen besser gebraucht werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und dieser Antrag ist umsomehr berechtigt, als wir wissen, dass einzelne Beamten in solchen Korperationen aus diesen Zuschüssen Gehälter beziehen, die Ministergehälter noch übersteigen. Der Herr Minister kann auch nicht im Ernst daran denken, Rennvereine zu unterstützen, deren Geschäftsführer, wie Herr von Mirbach, anlässlich einer Treisstiftung des Herrn landwirtschaftsministers in Bezug auf diesen ein Wort gebrauchte, das durch Weiland Götz von Berlichingen populär geworden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Reiterv eine sind durchweg reaktionär und gebrauchen die Staatszuschüsse zum Kampf gegen die Republik. Wir werden deshalb diese Zuschüsse abelehnen.

Die Rednerin bringt sodann eine Reihe personeller Beschwerden vor. Sie bittet insbesondere die Frage zu prüfen, ob nicht den Gestütswärtern, die bei der Besoldungsordnung besonders schlecht weggekommen sind, nach 25jähriger Dienstzeit eine Aufrückungsmöglichkeit zum Obergestütswärter gegeben werden kann. Sie kritisiert auch insbesondere die Nichtachtung gesetzlicher Bestimmungen des Betriebsrätegsetzes bei der Entlassung von 190 Landarbeitern des Gutes Vorwerk Trakehnen, obwohl Arbeit für diese Leute zweifellos vorhanden gewesen wäre. Ein solches Verfahren sei in dieer Zeit der steigenden Erwerbslosigkeit und Finanz

not von einer Behörde unerträglich. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulze —Stapen (Dtn.) fordert die Züchtung eines guten Wirtschaftspferdes. Die Angriffe der Vorrednerin auf die Reiterverine seien unberechtigt. Abg. Roeingh (Ztr.) bedauert die Abstriche am Etat, die nicht im Interesse der Pferdezucht liegen. Der Kampf zwischen Motor und Pferd scheine abgeschlossen zu sein, da sich herausgestellt hat, dass ein Gespann immer noch billiger ist als ein Motor. In den Grenzgebieten müsse noch schärfer gegen die Pferdeschmuggler vorgegangen werden. Sollte sich bewahrheiten, dass die Rennvereine die Staatszuschüsse zu reaktionären Zwecken gebrauchen, so müsse diesen der Brotkorb höher gehängt werden. — Abg. Tunkel (Komm.) fordert die Streichung der Zuschüsse für Rennsport= und für die Reitervereine. Die Interessen der Kleine und Mittelbauern sei im Etat nicht genügend gewahrt. — Landwirtschaftsminister Dr. Steiger widerspricht den letzten Ausführungen des Vorredners. — Abg. Dr. Heimann (DVP) wünscht stärkere Unterstützung der Rennvereine. Abg. Wachhorst der Wente (Dem) ist der Auffassung, dass beim Gestütsetat noch weiter eingespart werden könnte. Diese Ersparnisse müssten aber der Landwirtschaft wieder zugute kommen. Vor allem müsse die Kalbilutzucht mehr gepflegt werden.

Hierauf wird die Weiterberatung des Etats auf Mitwoch 12 Uhr vertagt.

tr



Vor allem Sozialpolitik!

Die Parole der Gewerkschaften.

Die Not steigt und auch die zuversichtlichsten Optimisten, die für die zweite Hälfte dieses Jahres einen grossen wirtschaftlichen Aufschwung zu prophezeien glauben, können nicht übersehen, dass der Augenblick von unverkennbarem Ernst ist. Nach dem Abschluss der aussempolitischen Fragen sind kräfti= ge innen- und vor allem sozialpoltische Hilfsmassnahmen unbedingt notwendig. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Die Arbeitslosen, unter denen grosse Mas= sen vor dem Ausscheiden aus fast jeder Unterstützung stehen, können nicht dem Verhungern preisgegeben werden. Für die Ankurbelung des Baumarktes muss so rasch wie möglich etwas geschehen. Die mit der Lösung nur dieser beiden Fragen bereits verbundenen Finanzschwierigkeiten werden von einem <u>verblendeten</u> Unternehmertum benutzt, um die Sozialpolitik einzuengen und abzubauen. Dem= gegenüber dringen die freien Gewerkschaften mit steigendem Nachdruck darauf; dass umgekehrt gerade jetzt, jetzt erst recht, fortschrittliche Sozialpolitik getrieben wird, weil Arbeitsmarktkrise und Umstellung der Wirtschaft noch nie die Notwendigkeit sozialpolitischer Hilfe drastischer gelehrt haben als geräde in diesen Tagen. Dieser Standpunkt der Gewerkschaften ist soeben in Köln auf einer Tagung des ADGB. Bezirks Rheinland - Westfalen von den Reichstagsabge- ordneten Grassmann und Heinig eingehend begründet worden.

Grassmanns Thema lautete: Sozialpolitik und Wirtschaft. Er wies darauf hin dass eine allzu grosse Verschuldung der Arbeitslosenversicherung an das Reich eine Gefahr für die Selbstverwaltung der Reichsanstalt darstelle. Die Finanzschwierigkeiten der Reichsanstalt könnten jedoch unmöglich auf dem Wege der Solidarhaftung der Sozialversicherung zu Gunsten der Arbeitslosenversiche= rung beseitigt werden. Ein solcher Weg sei insbesondere im Hinblick auf die b€ sondere Struktur der Angestelltenversicherung gefährlich. Auch die Lage der Invalidenversicherung locke nicht zu solchen Experimenten. Es sei schon schlimm genug, dass durch die Schuldenmacherei des Reiches bei der Invaliden= versicherung dem Klein-Wohnungsbau enorme Mittel entzogen worden seien. Grassmann ging mit einigen Sätzen auch auf die Frage der Kapitalsbildung ein, die neuerdings von den Unternehmern bei ihrem Kampf gegen die "sozialen Lasten" immer wieder aufgegriffen wird. Er erklärte, die Unternehmer hötten ihre Gewinne in den letzten Jahren in steigendem Masse in die Betriebe gesteckt: nach dem ^Urteil von Banksachverständigen hätten heute viele Betriebe <u>zu viel</u> Kapital. Die Kapitalbildung bei den Sparkassen sei der Industrie nicht willkommen. Die Gemeinden wolle man unter dem Druck der Kapitalnot sozialpolitisch an die Kette legen. Schon habe man vielen öffentlichen Betrieben, die dem Privatkapi= tal ein Dorn im Auge seien, den Weg zu langfristigen Auslandsanleihen abgesperr Die Napitalssperre habe den Baumarkt in eine Katastrophe gestürzt.sodass schliesslich sogar die Bauunternehmer nach einer Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften gerufen hätten. Ein Ausweg aus dieser Sackgasse in die die Diktatur Schachts geführt habe, müsse jetzt endlich erzwungen werden. Die Parole der AGDB. laute: Schafft Arbeit durch Förderung des Wohnungsbaus! Langfristige Auslandsanleihen müssten in vorsichtiger, die Miete nicht zu sehr belästender, Form hereingenommen werden. Steuersenkungen könnten nicht vor

der Balancierung des Etats erfolgen. Im Notfalle habe man mit einer befristeten Erhöhung der Steuern auf Genussmittel im Wege einer aussergewöhnlichen Hilfsmassnahme zu rechnen. Die Steuerrückstände müssten höher verzinst werden und jede Lohnherabsetzung, die die Kaufkraft der Massen weiter schwäche, sei aufs energischste abzuwehren. Die Sozialpolitik, d.h. den Damm gegenüber dem Angriff auf Lohn und Arbeitszeit bis zum letzten zu verteidigen, sei soziale Pflicht.

Reichstagsabgeordneter Heinig behandelte die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft. Die Wirtschaft gehe gezwungenermassen zur Planwirtschaft über. Das bedeutet Konzentration auf wenige besonders rationelle Betriebe, also Stillegung für viele Werkstätten. Mit Subventionen sei da nicht zu helfen. Vom Betrieb aus sei das Problem nicht zu lösen. Die Entwicklung zur Planwirtschaft könne man nicht hemmen. Man könne und müsse jedoch ihre schädlichen Auswirkungen auf die Arbeiter auffangen und dazu sei eben eine gut ausgebaute Sozialpolitik notwendig, die den Arbeiter so lange zu betreuen habe, bis er wieder Arbeit finde. Die Sozialpolitik sei der starke Wall, der den Unternehmer verähindere, bei Arbeitslosigkeit das Lohnniveau zu senken. Die Schaffung dieses Walls sei ein wesentlicher Erfolg des neuen Staates, d.h. ein Erfolg des Aufstiegs der organisierten Arbeiterschaft.

SPD. Das <u>Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte</u> und deren Verwaltungsausschüsse für Haushalt und Rechnung sowie für Heilverfahren wenden sich einstimmig <u>gegen</u> den aus der Presse bekannt gewordenen Plan, <u>zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung Mittel der übrigens Zweige der Sozzialversicherung heranzuziehen. Die Rücklagen der Angestelltenversicherung sind zur eckung der laufenden Renten und der erworbenen Anwartschaften bestimmt und nötig. Die Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung wäre nicht mehr gewährleistet, wenn ihre Rücklagen für fremde Versicherungszwecke angegriffen werden. Der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte würde damit auch die Möglichkeit geraubt, ihre Rücklagen weiterhin darlehnsweise langfistig der Wirt schaft, insbesondere der Förderung des Wohnungsbaus, zur Verfügung zu stellen.</u>

Die <u>Landesversicherungsanstalten</u> dürften <u>kaum eine andere Haltung</u> einnehmen. Für die Invalidenversicherung besteht noch viel weniger eine Möglichkeit, sich auf das Experiment einer Gefahrengemeinschaft zu Gunsten der Arbeitslosen-versicherung einzulassen.

Die <u>Veberschüsse der Angestelltenversicherung</u> sind vom deutschen Baugewerk bund bereits für die <u>Ankurbelung des Baumarktes</u> gefordert worden. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren wird die Angestelltenversicherung in diesem Jahr für den Wohnungsbau noch kräftig über den Umfang ihrer Hilfe vom Vorjahr hinausgehen. Im vergangenen Jahre betrug ihre Kredithilfe etwa 150 - 200 Millie onen. Die gesamten Ueberschüsse können von der Angestelltenversicherung natürelich auch in diesem Jahr <u>nicht dem Wohnungsbau allein</u> zur Verfügung gestellt werden.

3

SPD. Die Arbeiter und Angestellten der Rohrbach Metallflugzeugbau G.m.b.H sind ohne Lohn und Gehalt. Wie uns der Angestellten= und Arbeiterrat der Firma mitteilt, liegt beim Verkehrsministerium für die Firma noch immer ein Betrag von 200 oop aus einer Umstellungshilfe, auf die die Firma einen Bechtsanspruch habeidie jedoch trotz dauernder Vorstellungen nicht ausbezahlt würden, obwohl alle anderen Firmen der Luftfahrtindüstrie ihre Anteile schon seit Oktober vergangenen Jahres in Händen hätten. Der Reichsverkehrsminister könne unmöglich noch länger zusehen. Schon Dezember vergangenen Jahres hätten sich die Arbeite

nehmer der Firma in der gleichen Situation befunden. Damals habe nach langem Dröngen das Ministerium einen Teil aus der Industriebeihilfe zur Verfügung gestellt. Für die Arbeiter und Angestellten sei die Situation unerträglich, da sie sich in ungekündigten Stellungen befänden und nach den geltenden Gesetzen deshalb kein Anrecht auf Erwerbslosenunterstützung hätten. Wenn sie selbst kündigten, dann verlören sie ebenfalls dieses Anrecht. Das Reichsverkehrsministerium müsse sich unter diesen Umständen endlich zu einem Beschluss aufraffen.

SPD. Die <u>baugewerblichen Arbeiterverbände</u>: Baugewerksbund, Zentralver=band der Zimmerer, Dachdeckerverband, Steinarbeiterverband, Malerverband, Zen=tralverband der Maschinisten und Heizer und Christlicher Bauarbeiterverband haben eine gemeinsame <u>Eingabe an den Reichsarbeitsminister</u> gerichtet, worin die <u>Zulassung der baugewerblichen Arbeiter zur Krisenunterstützung gefordert</u>

wird:-

Die Bauarbeiter sind von der Krisenunterstützung während der Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit ausgeschlossen. Dieser Zustand hat bereits im Winter 1928/29 die Bauarbeitergruppen schwer benachteiligt, im jetzigen Winter ist er völlig unhaltbar geworden. Die Not unter der Bauarbeiterschaft ist riesengross. Die Eingabe der Verbände beweist das mit erschütternden Tatsachen. Die Konjunktur in den Sommermonaten war erbärmlich schlecht. Irgendwelche Rücklagen konnten infolgedessen nicht angesammelt werden. Nur in einem einzigen Monat des vergangenen Jahres - im Juli - war die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Baugewerksbundes bis auf weniger als 10 % gesunken; im Juni und August betrug sie 10 %, im April hatte sie noch 20 % betragen und im Oktober war sie bereits wieder auf 17 %, im November schon auf 22 % gestiegen.Da= bei hätten bei normaler Wirtschaftslage nach einem Winter wie dem letzten die Bauarbeiter mit der Laterne gesucht werden müssen, um die im Winter versäumte Arbeit nachzuholen. Die Arbeitslosenziefern vom April und Mai zeigten jedoch dass nichts versäumt war, denn es lagen gar keine Aufträge vor. Wie der Bundesvorstand des Baugewerksbundes in einer besonderen Erhebung feststellte, hat= ten von 445 104 Mitgliedern, gleich 90,1 % der gesamten Mitgliedschaft des Bun= des, 44 844 oder 10,1 % am 1. Dezember bei etwaiger Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, und 50 943 (gleich 13,5 %) hatten in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Dezember keine 26 Wochen Versicherungspflichtige Beschäftigung finden können. Es ergab sich in runden Zahlen, dass von den 500 ooo Mitgliedern des Baugewerksbundes 50 500 am 1. Dezember keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Wie gering die Möglichkeit war, den An=, spruch noch nach dem l. Dezember zu erwerben, zeigen die Arbeitslosenziffern vom 25. Dezember vergangenen Jahres: an diesem Tag waren bereits 48 % der Mit= glieder arbeitslos. Fast 70 ooo Mitglieder mussten sich mit weniger als 26 Wo= chen Beschäftigung in elf Monaten begnügen.

Rund 70 ooo Mitglieder des Bundes sind also zusammen mit ihren Angehörigen dem Elend preisgegeben, wenn sie von der Krisenunterstützung ausgeschlossen bleiben. Aehnlich traurig liegen die Verhältnisse bei den übrigen baugewerbelichen Arbeiterverbänden. Hier ist Hilfe und zwar rasche Hilfe geboten.

SPD. In der <u>Prager Bank für Handel und Industrie</u> beschlossen die <u>Beam ten passive Ressistenz</u>. Die Firma will die bei den anderen Banken bereits einge-führte Gehaltsreform nicht bewilligen.



Etatdefizit und Kassenlage.

Bitteres Ende der Steuerillusionen.

SPD. Während sich das deutsche Bürgertum bis zum Ende des verflossenen Jahres noch in der Hoffnung einer radikalen Steuersenkung wiegte, zeigte sich immer mehr und mehr, dass man mit einem ganz gehörigen Etatsdefizit zu rechnen hatte. Zugleich wurde eine weitere Defizitquelle sichtbar: die abermals, für den Winter 1929/30, drohenden Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung.

mismus des Steuerkünstlers Gustav Stolper vom "Deutschen Volkswirt" dazu, das' nicht zu tun. Man konnte allerdings erwarten, dass es gelingen werde, mit Hilfe der Reparationsentlastung, die der Youngplan schon für das Rechnungsjahr 1929 bringen sollte, das Defizit der Jahre 1928 und 1929 zu decken. Dann bleb aber noch immer zu berücksichtigen, dass man für das Jahr 1930 nicht von der fikti= ven Basis des Beichshaushaltsplanes 1929 auszugehen hat, sondern von einer hö= heren Basis. Mehmen wir zum Beispiel an, dass der Nachtragshaushalt für das Jahr 1929 wirklich, wie ursprünglich vorgesehen war, ein Mehr von 310 Millionen Mark enthälten hätte, das durch die Reparationsentlastung abzudecken ist, dann muss man natürlich damit rechnen, dass dieses Mehr im Jahre 1930 wiederkehrt. Von der Reparationsentlastung von rund 700 Millionen Mark, die der Youngplan für die ersten Jahre vorsieht, würden alsomindestens 300 Millionen Mark für das Haus= haltsmehr beschlagnahmt werden und nur mehr 400 Millionen für Steuersenkungen zur Verfügung stehen. Die Pläne der bürgerlichen Finanzreformer rechneten aber durchweg mit einer Entlastung von 700 Millionen Mark.

Das ist nur ein kleines Beispiel für die Leichtfertigkeit, mit der die bürgerlichen Finanzreformpläne aufgestellt wurden. Die Beispiele liessen sich beliebig vermehren. Es sei nur daran erinnert, wie bürgerliche Parteien und Verbände, wie die Demokraten und der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Senkung einzelner Besitzsteuern um Milliarden verlangten, ohne darüber Rechenschaft zu geben, wie sie sich die Deckung der Milliardenausfälle vorstellten. Wir wollen uns aber damit begnügen, nur noch ein Beispiel aus dem bekannten Fi= nanzreformplan Stolpers, der wie ein Weihnachtsmann alle mit Steuerermässigungen beschenken wollte, berauszugreifen. Stolper machte zum Kern seines Finanzprogrammes das Tabakmonopol und griff damit einen Gedanken auf, der sich mit den sozialdemokratischen Finanzideen deckt. Aber in der bekannten Grosszügigkeit; mit der Stolper Geschenke verteilt, rechnete er aus dem Tabakmonopol, ohne Mehrbelastung der Konsumenten, einen Mehrertrag von 600 Millionen Mark heraus: Später musste er dann selbst zugeben, dass er sich um rund 300 Millionen Mark verschätzt hat. So wurde damals mit den Millionen jongliert. Aber der Tabakmonopolplan Stolpers hat auch eine heitere politische Seite. Stolper wollte sei ne 600 bezw. 300 Millionen Mark im wesentlichen auf Kosten des Tabakhandels, sei es nun des Tabakeinzelhandels, sei es des Tabakgrosshandels, herausholen. Aber als die Tabaksteuer erhöht wurde und dabei die Absicht Hilferdings und der Sozial= demokratischen Fraktion klar wurde, eine Mehrbelastung der Konsumenten zu verhü ten, da war es gerade die Partei Stolpers, die am energischten darauf bestand; dass am Handelsnutzen, d.h. am übersetzten Handelsapparat, nicht das geringste geändert werde.

Wäre wirklich Schadenfreude die reinste Freude, so müsste jetzt eitel . 🖖 Freude bei denen herrschen, die damals die Dinge nüchtern beurteilten und die Gefahren erkannten, die eine Steuersenkung ohne genügende Deckung für die so zialen Aufgaben des Stautes in sich birgt. Aber die Freude ist leider nicht ur getrübt. Die Diskussion über die Finanzreform ist nicht deshalb verstummt, weil die Erkenntnis gewachsen wäre, sondern weil sich die Finanzlage des Staates sc verschlechtert hat, dass auch dem Blindesten die Fehlerhaftigkeit der meisten Finanzreformpläne klar werden musste. Die Absicht der Regierung einen Nachtragshaushalt einzubringen, der für das Jahr 1929 ein Defizit von 310 Millione Mark vorsah, wurde von der Verschärfung der Depression vereitelt. Heute sieht die Reichsregierung für das Rechnungsjahr 1929 allein an Steuerausfällen ein: Weniger von 355 Millionen Mark vor. Selbst wenn man nicht noch mit weiteren Verschlechterungen zu rechnen hat, bleibt noch das Mehr an Ausgaben, das wir vorläufig auf die Hälfte des ursprünglich vorgesehenen Nachtragshaushalts also auf rund 150 Millionen Mark - schätzen wollen und es wäre demnach allein im ordentlichen Haushalt 1929 mit einem Defizit von etwa 500 Millionen Mark zu rechnen. Dazu kommt aber das Defizit des ausserordentlichen Haushalts, verur= " sacht durch die winterlichen Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung. Rechnen wir, dass bis zum Ende des Haushaltsjahres aus diesem Titel 200 - 250 Millionen Mark auflaufen dürften, und fügen wir das Defizit des ordentlichen Haushalts 1928 in Höhe von 154 Millionen Mark hinzu, so gelangt man zu einem Defi= zit von annähernd 900 Millionen Mark per Ende März 1930. Davon würden durch auf die Reparationsentlastung einschliesslich der Industriebelastung etwas über 600 Millionen Mark gedeckt werden, so dass noch ein Defizit von etwa 300 Mil= lionen Mark (davon 200 - 250 Millionen Mark im ausserordentlichen Haushalt) verbleibt.

1 930 119

Dieses Bild ist an sich schon düster genug. Man darf aber nicht übersehen dass die Kassenlage noch viel düsterer ist. Denn die Kasse muss ja noch ausserdem das Defizit mitschleppen, das Hilferding als Erbe des Bürgerblocks über nommen hat (abzüglich der durch die steuerfreie Reichsanleihe konsolidierten 180 Millionen Mark). Sie hat weiter an dem Defizit des ausserordentlichen Haus halts für 1928 zu tragen, das hauptsächlich durch die Kältekatastrophe des vorigen Winters in die Höhe geschnellt ist (erhöhte Zuschüsse zur Arbeitslosen=" versicherung), und sie ist schliesslich mit den normalen Kassenansprüchen be≓ lastet, die vor allem der Quartalsultimo zu stellen pflegt. Diese giganti= schen Schwierigkeiten muss man sich vor Augen halten, wenn man den Kampf Hilfer: dings mit dem Finanzkapital verstehen will, seine verzweifelten Anstrengungen, sich aus der immer drohender werdenden Umklammerung durch das Finanzkapital: zu befreien: zuerst durch die steuerfreie Keichsanleibe, die nur einen kleinen Teilerfolg hatte, dann durch die Aufnahme eines 50 Millionen-Dollarkredites in Amerika, später durch die Zündholzanleihe und schliesslich durch die Verhandlungen über einen <u>Ueberbrückungsskredit</u> bis zum Eingang der Zündholzanleihe mit einer amerikanischen Bankengruppe. Es ist noch in frischer Erinnerung, dass Schächt den bereits perfekten Ueberbrückungskredit zunichte machte und dem Reid einen teuereren Inlandskredit aufzwang. Aber ob damit sämtliche Kassenschwierigkeiten auch nur für die nächsten Monate behoben sind, ist noch eine offene Frage.

So steht also die Zukunft der Reichsfinanzen dunkel und drohend vor uns Statt der Geschenke an alle wurde uns zunächst die Erhöhung der Tabaksteuer beschert und trotz der Reparationsentlastung haben wir mit einem gewaltigen Haushaltsdefizit und schwersten Kassensorgen zu kämpfen. Man weiss noch nicht, was der Haushaltsplan des Jahres 1930 bringen wird. Wir würden uns auf keinen Falldamit abfinden, wenn er eine Senkung der sozialen Ausgaben vorsehen sollte. Aber ob es gelingen wird, ihn ohne neue Steuererböhungen zu balanzieren, das ist noch die grosse Frage. Die Notwendigkeit, innerhalb eines Jahres den Dezemberkredit zu tilgen, macht es unwahrscheinlich.

SPL. Ueber den Stand <u>der deutsch=polnischen Roggenverhandlungen</u>, die auf die Schaffung einer Exportregulierung für deutschen und polnischen Roggen hin= auslaufen, erfährt der "<u>Soz.Pressedienst"</u>, dass von deren Scheitern gar keine Rede sein kann. Die Interessenten in beiden Lagern bezeichnen die Situation nach wie vor als günstig und hoffen auf einen Erfolg der Besprechungen.

Es darf andererseits jedoch nicht verkannt werden, dass die seit Wochen zu beobachtenden <u>russischen Getreideexporte</u> die Lage komplizieren. Exportiert wird von Russland besonders Roggen. Es handelt sich um besten Kontinentalrogen, eine äusserst gute Ware (trocken und kleberhaltig), die viel hochwertiger als der deutsche bezw. der polnische Roggen ist. So gesehen wäre der russische Roggenexport keine Konkurrenz für den deutschen Roggen auf den Auslandsmärkten, besonders in den skandinavischen Ländern. Selbstverständlich ist, dass der hochwertige russische Roggen den gleichwertigen umerikanischen Roggen (Westernroggen) zurückdrängt. Die Absatzmöglichkeiten für Westernroggen werden, selbst went Russland auch nur einige zehntausend Tonnen auf den Markt werfen wird, beschränk Wäre das nicht der Fall, so würden die ausländischen Roggenverbraucher, da der Westernroggen nicht in grossen Quanten zur Verfügung steht, auf deutschen Rogge angewiesen sein. Das hätte sich auch hinsi htlich der Preisentwicklung bemerkebar gemacht. Diese Entlastung für die Preisbildung wird auf Grund der russische Exporte ausbleiben.

Wir beurteilen die Lage so dass die russischen Exporte die deutsch=polnischen Exportverhandlungen nicht unterbinden werden. Jedoch ist nach Lage der Dinge (hauptsächlich aus den oben angegebenen Gründen) eine nennenswerte Besserung der Roggenpreise selbst dann nicht zu erwarten, wenn die deutsch=polnischen Besprechungen in Kürze zu einem Erfolg führen sollten.

Im Zusammenhang damit ist das Ueberangebot von Futtergetreide auf den Welt märkten zu erwähnen, das zu einer starken <u>Preisabbröckelung u.a. für Futtergerst</u> geführt hat. Die deutsche Zollerhöhung für Futtergerste hat so den Preis nicht nach oben beeinflussen können, so dass tatsächlich heute die überseeischen Futtergerstenproduzenten den erhöhten Zoll in die Reichskasse zahlen. Diese Entwicklung ist nicht darin begründet, dass der deutsche Futtergerstenzoll zu niedrig ist, sondern die Preisbildung ist nur ein Beispiel dafür, dass man den durch besondere Verhältnisse in den grossen Agrargebieten verursachten Problemen nicht mit der Waffe des Schutzzolls zu Leibe gehen kann.

SPD. Die tschechische Handelsbilanz weist für das abgelaufene Jahr einen Ausfuhrüberschuss in Höhe von 500 Millionen tschechischen Kronen aus. Damit hat sich die Aktivität gegenüber dem Vorjahr stark verringert, da für das Jahr 1927 ein Ausfuhrüberschuss von 2 MIlliarden Kronen verbucht werden konnte. Das Ergehnis ist durch eine grössere Wareneinfuhr und eine Verringerung der Warenausfuhr bestimmt worden. So hat sich im Jahre 1929, wahrscheinlich infolge der höheren Zuckerzölle in den europäischen Ländern, der tschechische Zuckerexport um 18 000 Waggons gegenüber dem Vorjahr verringert. Das bedeutet eine Wertminderung in der Ausfuhr in Höhe von 630 Millionen tschechischen Kronen. Unter den Fabrikaten, die eine Exportsteigerung ausweisen, werden besonders Glaswarenerwähnt.

177°

ll.Saatenmarkt in Berlin.

1

÷

SPD. Schon rein äusserlich bot der 11. Allgemeine Deutsche Saatenmarkt. der vom Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler gemeinsam mit dem Verein deutscher Samenhändler veranstaltet wurde, ein wesentlich ruhigeres Bild, als die früheren Veranstaltungen dieser Art. Erstmalig seit seinem Be-, stehen liess der Besuch auch an Ausstellern zu wünschen übrig; auch die Zahl der Käufer war nicht so gross wie früher. Der Betrieb während des Marktes hätte bewegter und lebhafter sein können. Die Kauflust war minimal. Die Händler zeigten wenig Neigung, grössere Posten von Ware zu erwerben, "da sie nicht über- in sehen könnten, ob die Landwirtschaft bei Beginn der Bestellzeit genügend Mitte zur verfügung hat, um sich in dem gewohnten Umfange einzudecken." Die Umsatztätigkeit in Brotgetreide kam nur senr schleppend in Gang. Im allgemeinen hörte man nur Preisforderungen der Verkäufer, denen sich die Käuferschaft gegenüber ablehnend verhielt. Wür Roggen wurden etwas nachgebende Preise genannt, während. sich Weizen besser zu halten vermochte. Auch Saatgetreide wurde wenig um-. gesetzt. Am meisten Interesse zeigte sich noch für Saathafer, der aber im allgemeinen nur ungenügende Preise erzielte. Man nannte Preise von etwa 170 Mark je Tonne ab Station. Von den Gründungungssaaten waren blaue Lupinen wenig beachtet. Man forderte hierfür einen Prois von 15 - 16 Mark. Etwas fester veranlagt waren gelbe Lupinen, da die letzte Ernte nierfür viel zu wünschen übrig liess. Auch Seradella hatte ein sehr wenig umfangreiches deschäft. Hier wirkten die sich immer noch hinschleppenden Verhandlungen mit Polen sehr störend, da man nicht weiss, wie diese ausfallen werden und da unsere Handelsbeziehunger zu Polen ausschlaggebend für den Seradellahandel sind. Aus dem gleichen Grunde blieben auch Futtermittel sehr vernachlässigt. Hier hängt sehr viel von der 🚟 Möglichkeit ab. polnischen Klee zu beziehen, und die Ungewissheit wirkte auch hier ausserst lähmend.

Auf dem eigentlichen Saatenmarkt war schon das Angebot erheblich geringer als in früheren Jahren. Noch zurückhaltender zeigten sich die Käufer, welche sich im allgemeinen darauf beschränkten, die Offerten der Verkäufer entgegens zunehmen und ihre bestellungen auf später vertagten. Für Kleesaaten wurden folgende Preise genannt: Rotklee etwa 50-60 Mark, Weissklee 10-12 Mark höner, Rundklee 25-30. Auch Grassamen fand wenig Beachtung. Thymothee wurde zu 22-38 je nach Qualität angeboten, italienisches Raygras zu 34-42, englisches zu 27-32 Mark. Der Markt schloss gegen Mittag in recht lustloser Stimmung.

SPD. Zwischen den Vertretern der tschechischen und der deutschen Industri werden in den nächsten Tagen Verhandlungen über die Erneuerung des deutschstschechischen Handelsvertrages stattfinden. Den Anfang macht die Schuhindustrie Ihr werden Besprechungen der Malz- und der Textilindustrie folgen.

\$6 }

SPD. Der <u>Ruhrtrust</u> wird für das verflosse Geschäftsjahr eine Dividende von 6 % zahlen (im Vorjahr 6%).

Rauhfutternotierungen. (Berlin, 21.Januar.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM. 1,35 - 1,55 ·
Weizenstroh "	" 1,30 - 1,40
" Haferstroh "	" 1,20 - 1,35
" Gerstenstroh "	" 1,20 - 1,30 %
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	" 1,35 - 1,55
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" 1,20 - 1,40
" Weizenstroh	" 1,10 - 1,25
Häcksel	" 2,00 - 2,25
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 2,45 - 2,75
Gutes Heu, gesund und trocken	" 2,95 - 3,45
Luzerne, lose	11
Thymothee, lose	" 4,10 - 4,60 '
Kleeheu, lose	" 4,00 - 4,50
Mielitz-Heu, lose, rein	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
" (Warthe)	11
" " (Havel)	ا بس سے سے اللہ اللہ اللہ اللہ اللہ اللہ اللہ الل
Drahtgepresstes Heu	Pfg. 40 über Notiz
Tendenz: sehr ruhig.	

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 21. Januar: I. 155 Mark, II. 140 Mark, III. 124 Mark je zentner. Tendenz ruhig,

SPD. Für das grosse <u>Rätselraten über die nordamerikanische Konjunkturent-wicklung</u> ist von ausschlaggebender Entscheidung, ob es gelungen ist, die <u>Kauf-kraft des Landes</u> auf der alten Höhe zu halten. Die Ford Motor Co. veröffent-licht jetzt einen interessanten Beitrag zu der Frage. Sie erklärt, dass die Auf-träge auf ihre neuen Wagen bereits am ersten Tage die Summe von 20 Millionen Dollar ausmachten. Daraus schliesst die Ford Motor Co., dass die Kaufkraft Ame-rikas durch die Börsenkatastrophe keine Benachteiligung erfahren habe. Auch die Fordhändler berichten aus den verschiedensten Teilen des Landes, dass <u>die allegemeine Lage besser sei</u> als ursprünglich angenommen wurde.

SPD. Die <u>Gesamtproduktion des Fordkonzerns</u> wird für das Jahr 1929 mit 1951 092 Automobilen und Lastwagen angegeben. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr macht 38 % aus. Von der Totalproduktion wurden 1 709 945 Wagen in den Vereinigeten Staaten von Nordamerika, 87 796 in Kanada und 153 351 Wagen in den übrigen Fordfabriken im Ausland hergestellt.

Festere Stimmung.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Januar.)

SPD. Der Berliner Getreidehandel war am Dienstag nicht wie üblich auf die Produktenbörse beschrankt, sondern konnte sich schon in den frühen Vormittagsstunden auf den 11.allgemeinen deutschen Saatenmarkt entwickeln. Während aber hier noch eine recht lustlose Tendenz vorherrschte und nur wenig Umsätze zustande kamen, befestigte sich die stimmung an der Mittagsbörse zusehends. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lauteten zwar für beide Brotgetreidearten noch ziemlich unverändert, konnten aber im Verlaufe der Börse merklich anzienen. Im Lokogeschäft blieb das Angebot an Weizen und Roggen klein und wurde von den Mühlen zu letzten, teilweise sogar zu etwas höheren Preisen gern aufgenommen. Hafer natte bei kleinen Umsätzen unveränderte Preislage. Am Mehlmarkte zeigte sich noch keine Belebung; die Forderungen der Mühlen waren unverändert.

	20.Januar	21.Januar
!	(ab märkische	Station in Mark)
Weizen	245 ~ 248	245 - 248
Roggen	153 - 155	1 52 - 1 54
Braugerste	178 - 192	178 - 192
Futter- und Industriegerste	160 - 168	160 - 168
Hafer	133 - 141	133 141
loco Mais Berlin	• •	Com
Weizenmehl	29,75-35,2	25 29,75-35,25
Roggenmehl	22,00-25,0	
Weizenkleie	10,00-10,5	50 10,00-10,50
Roggenkleie	8,50-9,00	8,50-9,00-
me 13 M . 1 M t . 1 m /3		C- 12 C-1 1 1 2 2 2 2 1 1 1 1

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 263-263 Geld (Vortag 264), Mai 274 und Geld (274 Roggen März 173 175 (173), Mai 185-185 3/4.

Hafer Marz 151 (150%), Mai 159 Brief (161).

Berliner Viehmarkt.

(21. Januar.)

SPD. Auf dem Schweinemarkt versuchten die Verkäufer höhere Preise durchzusetzen. Da aber das Angebot ausreichte, wurden nur die Preise des letzten Marktes erzielt. Zum Teil wurde hier und da l Pfennig pro Pfund Lebendgewicht eingehandelt. Zum Schluss war das Geschäft flau. Das Geschäft auf dem Kälbermarkt war schleppend bei nachgebenden Preisen. Auf dem Hindermarkt erzielten magere fleischige Bullen Preise über Notiz. Der Auftrieb genügte der Nachfrage.

Amtliche Notierungen der Direktion für l Zentner Lebensgewicht in Mark:

Kühe: a) 40-45 (voriger Markt 42-46), b) 30-38 (30-39), c) 25-28 (25-28), d)

20-24; (20-24), Kälber: a) -, b) 78-90 (82-94), c) 58-75 (60-80), d) 45-55

(48-58), Schweine: a) (über 300 Pfund) 83 (83), b) 240-300 Pfd.) 83-84 (84-85), a) (200-240 Pfd.) 82-85 (83-85), d) (160-200 Pfd.) 80-83 (82-83), e) (120-160 Pfd.) 76-78 (78-80), f) (unter 120 Pfund) - g) (Sauen) 70-73 (74-75).

Kunst und Wissen

NTERHALTUNGSBE

21. Januar 1930. Berlin, den

Die Büchse der Pandora. X

Von Georges Pourcel.

Zum drittenmale wiederholte Frau Sousi Bicaben in Gegenwart des Po= lizeiwachtmeisters die Geschichte des Einbruchdiebstahls, der am vorhergegange= nen Abend in ihrer Wohnung stattgefunden haben sollte. Jedesmal kamen neue interessante Details hinzu. "Stellen Sie sich nur einmal vor, Herr Wachtmeister, w überrascht mein Mann war, als er nach Hause kam und diese fürchtbare Unordnung gewahrte! Die Stühle umgeworfen! Der Sekretär erbrochen! Und - fünfhundert Francs gestohlen! Nur noch dreihundert Francs waren aufzufinden!"

Jacques Bicaben stand daneben und verfolgte mit gespannter Aufmerksamkeit den Bericht seiner Frau. Jedesmal, wenn man eine Frage an ihn richtete, nickte

er energisch und zustimmend mit dem Kopfe.

Die junge Frau fuhr fort. Sie war bereits ganz ausser Atem. Der Wachtmei= ster hatte seine Nase tief in die Akten gesteckt. Plötzlich blickte er auf und sah Frau Sousi durchdringend an. Sie war jung und hübsch und zudem äusserst e= legant gekleidet. Auf ihrem feinen Kopfe trug sie einen schicken schwarzen Hut Ihr Seidenmantel war mit einem Hermelinkragen besetzt. Sie hatte ganz offenbar alle Segel gebisst, um den strengen Hütern von Gesetz und Ordnung zu imponiere

"Also", sagte der Wachtmeister, "nach Ihrer Darstellung hat sich die Sa= che folgendermassen abgespielt: Als Sie morgens in Ihr Geschäft gingen, liessen Sie versehentlich Ihren Schlüssel in der Wohnungstür stecken. Erst am Nachmit= tag vermissten Sie den Schlüssel. Sie läuteten dann Ihren Mann an,um ihm darüber zu berichten. Ihr Mann stürzte nach Hause, kam aber leider schon zu spät ein Dieb hatte dort bereits "gearbeitet" und fünfhundert Francs mitgehen lassen. Irgendeinen bestimmten Verdacht hegten Sie nicht - aber Sie könnten sich jetzt immerhin denken, dass etwa die Portierfrau...."

"Ja", ereiferte sich Frau Sousi, "die ist nämlich so schrecklich putz= süchtig und verbraucht ganz bestimmt bedeutend mehr Geld, als sie verdient...."

"Sooo - das tut sie also - bemerkte der Wachtmeister, indem er scheinbar gleichgültig einen Bleistift zwischen seinen Fingern jonglieren liess. "Jaaa-das ist ja zweifellos ein Indizienbeweis...." Er blickte Frau Sousi einen Moment unangenehm durchdringend an: "Uebrigens fällt mir da etwas auf, was mich eigentlich wundert. Erstens, dass der Dieb ein derartiges Chaos in den Zimmern verursachte - fast könnte man glauben, er habe sich recht viel Mühe gegeben, diesen Diebstahl nach berühmten Mustern zu inszenieren - ferner - und ganz besonders der Umstand, dass er nur die fünfhundert Francs genommen - er liess also, ausser den verschiedenen Schmucksachen, sogar noch dreihundert Francs lie= gen. Das kommt in der Tat selten vor!"

Die junge Frau geriet plötzlich in eine etwas lächerliche Verwirrung. "Glauben Sie, Herr Wachtmeister", sagte plötzlich ihr Mann, "dass sich der

Dieb finden lassen wird?"

"Bas glaube ich ganz bestimmt", lächelte der Beamte, "falls er das Geld-

nicht bereits verpulvert hat."

"Da kannst Du mal sehen, Jacques", mischte sich die Frau unvermittelt ein und fuhr nervös fort: "Sicherlich hat der Dieb das Geld bereits verbraucht -es wird sich deshalb gar nicht lohnen, der Sache weiter auf den Grund zu gehen'"

"Nein - Sie "önnen die Anzeige jederzeit zurückziehen."

"Zurückziehen?!" brauste der Ehemann auf. Aber Frau Sousi fuhr ihm über den Mund: "Ja - das werden wir tun; wie leicht könnte man einen Unschuldigen verdächtigen!" Bei diesen Worten senkte sie den Blick, um nicht den forschenden Augen des Wachtmeisters begegnen zu müssen.

Jacques sass, trüben Gedanken nachhängend, im dunklen Esszimmer, während sich Sousi im Nebenraum umzog. Es ist ja einfach lächerlich, dachte er, niemand ist geneigt, diese Einbruchsgeschichte wirklich ernst zu nehmen. Die Geschäfts= leute, denen ich davon erzählte, fingen gleich an, von etwas anderm zu redon, und der Wachtmeister hat wirklich so, als handelte es sich etwa um einen Scherz. Aber die fünfhundert Francs fehlen doch tatsächlich. Folglich müssen sie von irgendjemanden genommen worden sein.

Durch die geöffnete Tür konnte er Sousi sehen. Sie stand vorm Spiegel mit eleganter Seidenwäsche angetan und puderte sich. Jetzt zug sie ein schwarzes Spitzenkleid über. Das musste im Grunde recht teuer gewesen sein. Jaja er wusste recht gut, dass sich viele Leute in der Nachbarschaft darüber aufregeten, dass seine Frau sich so elegant kleidete. Das Geheimnis war ja in Wirkelichkeit, dass sie einen ganz fabelhaften Instinkt dafür besass, billig einzukaufen. Das verstand sie. Bei Ausverkäufen zum Beispiel und bei "sonstigen Gelegenheiten", wo man ramschen konnte, war Sousi zu finden. Selbstverständlich könnten ihre bescheidenen Einnahmen ihr sonst nicht einen derartigen Luxus gestatten. War er doch nur ein kleiner Buchhalter – und sie Verkäuferin.

Wieder blickte er sie an. Sie spiegelte sich noch immer selbstgefällig und ohne zu bemerken, dass sie beobachtet wurde. Plötzlich fiel ibm ihr Gesicht auf. Kaum — dass er's wiedererkannte. Es erschien ihm fremd. Eine Maske. Kalt. Ego= istisch. Gierig.... Da ergriff ein Gedanke von ihm Besitz. Warum hatte wohl eigentlich der Wachtmeister so sonderbar gelächelt?! Warum nahmen alle Nachbarr die Geschichte von dem geheimnisvollen Diebstahl nicht ernst?

Wie verhext hingen seine Blicke an ihr. Wer war sie eigentlich, die dort stand? Eine fremde Frau? Ein unheimliches, unlösbares Rätsel?

Er erhob sich, machte ein paar Schritte auf die Tür zu und wollte fragenaber- er schwieg. Nein- nicht fragen. Alles kann vergessen werden - alles
kann man wieder gutmachen, wenn man nur darüber schweigt. Wenn die Worte nicht
unbarmherzig und unwiderbringlich die Wahrheit festhalten.

Plötzlich stand Sousi im Türrahmen. Mit kühler Verwunderung forschte sie einen Augenblick in seinen zergrübelten Zügen. Dann lächelte sie verlegen: "Wie Du nur aussiehst?! Denkst wohl immer noch an die fünfhundert Francs?"

Er rang sich ein gequältes Lächeln ab. "Nein", sagte er mühsam, "jetzt habe ich das Denken aufgegeben...."

(Aus dem Französischen übertragen von Ml. Henniger)

Die Geheimnisse der grossen Pyramide.X

SPD. Es ist bekannt, dass die alten Aegypter, die vor vielen Jahrtausenden an den Ufern des Nils wohnten, eine hohe Kultur gehabt haben. Ihre Staatsverfassung, ihre Weltanschauung beruhten auf einer gesunden, sittlichen Grundlage; alle menschlichen Fertigkeiten, auf denen unser Wirtschaftsleben sich aufbaut, wurden schon von ihnen ausgeübt, und die Erzeugnisse ihrer Kunst, die Erkenntenisse ihrer Wissenschaft, die aus ihren Denkmälern und Bauten sprechen, erweken noch heute unsre Bewunderung. Ein Rätsel ist es bisher geblieben, wie es den Aegyptern möglich sein konnte, Bauwerke wie den Tempel von Luksor zu errichten, von dem einzelne Hallen mit ihren 23 Meter bohen Säulen die Durchschnittsause masse unsrer herzzlichsten Kirchenschiffe bei weitem übertreffen, oder die Pye

ramiden, deren grösste auf ein Gewicht von 6 Millionen Tonnen geschätzt wird, eine Steinmasse, zu deren Beförderung heute etwa sechstausend Güterzüge erfore derlich wären. Unbegreiflich erscheint es uns, wie man damals ohne die Hilfe von Kraftmaschinen solche gigantischen Bauprojekte ausführen könnte, an deren Ausgesstaltung unsre modernen Architekten, mit allen maschinellen Hilfsmitteln versehen, fast verzweifeln müssten. Der grosse griechische Schriftsteller Herodotberichtet, dass man, um die zur Errichtung der grossen Pyramide notwendigen Materielien heranzuschaffen, eine Strasse von 925 Meter Länge und 19 Meter Breite erbaut habe. Das ist alles, was wir über die Konstruktion der Pyramide wissen. In allem Uebrigen sind wir auf Vermutungen angewiesen.

Der geheimnisvolle Schleier, der die Entstehungsgeschichte des grössten Bauwerkes alles Zeiten umgibt, hüllt auch noch ein weiteres Rätsel, das niemand bisher zu lösen vermochte, in sich ein. Die grosse Pyramide hält in ihren steinernen Massen die Summe aller wissenschaftlichen Erkenntnisse der alten Aegypter verborgen. Zahlreiche Gelehrte haben schon den Schlüssel dieses Mysteriums zu finden gesucht, aber nur weniges ist bis heute darüber bekannt geworden.

Als Napoleon Bonaparte nach Aegyten kam, liess er eine Karte des Landes anfertigen. Zum Ausgangspunkte für ihre Vermessungen suchten die Geometer nach einer weithin sichtbaren Stelle, und die grosse Pyramide wurde natürlich sofort dafür in Betracht gezogen. Nach mehrfacher Prüfung stellten die Landvermesser zuhächst zu ihrer Veberraschung fest, dass die im alten Aegypten heiligen Zahlen 3 und 7 eine wichtige Rolle in den Ausmassen der einzelnen Bauteile spielten. Die Mathematik lehrt, dass das Verhältnis des Umfanges eines Kreises zu seinem Durchmesser der Zahl 3,1416 entspricht; dass man also, um den Umfang eines Kreises zu ermitteln, nur die Länge seines Durchmessers mit der Zahl 3,1416 zu multiplizieren braucht. Zur Feststellung dieser Zahl, die wissenschaftlich "pi" (näch dem griechischen Buchstaben "P") genannt wird, und bei allen Berechnunger eine grundlegende Bedeutung besitzt, haben die griechischen Mathematiker Jahiehunderte gebraucht. Den alten Aegyptern aber war Jahrtausende vorher die Wichetigkeit dieser Zahl bereits bekannt. Wenn man nämlich die Länge des Umfanges der Pyramiden=Basis durch ihre Höbe dividiert, so erhält man bis auf die Bruchzahlen genau die Zahl 3,1416!

Ein Jahr dauert 365 und ein Zweihundertzweiundvierzigstel Tage, Auch diese Zahl, zu deren Arrechnung die Wissenschaft Generationen aufgewendet hat, ist im Verhaltnis der einzelnen Pyramiden-Teile zueinander schon enthalten. Ein Gang im Innern des Bauwerkes, der in die sogenannte Königskammer führt, misst, in ägyp= tischer Einheit gerechnet, genau 365 und ein Zweihunderzweiundvierzigstel Zoll! Im Innern dieser Königskammer haben die Archaologen eine Art von Schrein entdeckt, eine kunstvolle Arbeit aus rotem Granit, die sicherlich niemals als Sar≐ köphag, vielmehr als Mass=Einheit gedient hat, denn es wurde keine Mumie darin gefunden. Das äussere Fassungsvermögen dieses rechteckigen Seinbehälters ist, in altägyptischem Kubikzoll gemessen, genau doppelt so gross, wie sein innerer Rapminhalt. Dieses innere Fassungsvermögen beträgt genau 69 000 Kubikzoll, eine Zahl, die in unmittelbarem und für die Wissenschaft äusserst wichtigem Zusam= menhange mit dem spezifischen Gewicht unsrer Erde steht. Die erstaunlichste Entdeckung jedoch, die schliesslich bei der Vermessung der grossen Pyramide gemacht wurde, ist folgende: Jahrhunderte vergingen, bis die Astronomen die Entfer nung von der Erde zur Sonne errechnet hatten. Wenn man die Höhe der Pyramide. ... mit einer Million multipliziert, so erhält man die Zahl 148 208 000, die in Kilometern genau die Entfernung unsres Lichtspenders von unserm Planeten angibt

Ausser der "offiziellen" Wissenschaft haben sich auch noch andere Personeh auf das Studium der Gebeimnisse der grossen Pyramide gestürzt. Eine amerikanische Geheimsekte, die von den ägyptischen Priestern abzustammen vorgibt, die
Anhängerschaft des Aquarius, hat die Behauptung aufgestellt, dass man aus den
Verhältnissen der einzelnen Pyramiden-Teile die Zukunft der Menschheit herauslesen könne. Der Verlauf der inneren Gänge soll nach der Annahme dieser Sekte
die Lebenskurve darstellen, die die Menschheit im Wechsel der Jahrhunderte zu-

Tückzulegen hat. Für die jüngste Vergangenheit beispielsweise setzen die Aquarianer den Gang, der direkt in die Königskammer führt, mit dem Geschichtsverlau: seit Beginn des Jahres 1909 gleich. Im Juli 1914 senkt sich der Gang, um sich erst an einer Stelle zu erheben, die angeblich dem November 1918 entspricht. Nach mehrfachem Auf und Ab mündet der Weg endlich in die Königskammer; das heisst: das goldene Zeitalter ist erreicht. Da die Aquarius=Sekte dieses erfreuliche Treignis mit der Jahreszahl 1932 verbindet, wird sich ja bald Gelegenheit zur Wachprüfung dieser Prophezeiung bieten. Aber selbst wenn man nur die wissenschaftlichen Entdeckungen an der grossen Pyramide in Betracht zieht, bleibt des Geheimnisvollen, Wunderbaren, Unerklärlichen genug. Daraus geht hervor, dass die Höhe unserer Kultur, auf die wir so stolz sind, gering zu achten ist gegenüber dem, was mitwesentlich bescheidenen Mitteln vor Jahrtausenden schon die alten Aegypter erreichten, um dann - trotzdem - von der Bildfläche der Ge-schichte zu verschwinden. Denkbar wäre es wohl, dass sich alle Ereignisse, alle Erkenntnisse, alle Gesetze in eine mathematische Formel zusammenfassen liessen. Wussten vielleicht die Erbauer der Pyramiden von diesem Geheimnis? Besassen sie den "Stein der Weisen"? Schrieben sie vielleicht die ewige, einzige Wahrheit, anstatt in Büchern, in steinernen, mysteriösen Lettern nieder, um die Norm kommenden Jahrhunderten zu überliefern? Wir wissen es nicht. Aber man sollte es fast glauben.

Bodo M. Vogel.

Gérard de Nerval.

(Zu seinem 75. Todestage.)

SPD. Der merkwürdige, viel zu wenig bekannte französische Dichter Gerard de Nerval verdient besonderes Interesse gerade in Deutschland und gerade in unserer Zeit. Denn er war ein befugter Vermittler zwischen französischer und deutscher Geistigkeit und Dichtung, wie es wenige gegeben hat, und war einer der ersten modernen Berichterstatter über die menschliche Seele, ein dichtender

Psychoanalytiker. Sein Vater zog als Militärarzt unter Napoleon nach Russland; die Mutter folgte und starb in Schlesien. Gérard, geboren 1808 in Paris, wuchs auf dem Lande auf, in Rousseauischen Parklandschaften, die er später in der vorbild= lichen Prosa seiner "Sylvia" darstellte. Frühzeitig machte er lange Reisen durch Deutschland, als ob er mit furchtbareren Blicken dem einstigen Kriegszuge seiner Eltern folgte. Nach seiner Rückkehr erlitt er Anfälle schwerer Gemutstrübungen, die aber niemals die rührende Freundlichkeit und Freundschaftlichkeit des "Guten Gérard" nach aussen beeinträchtigen konnten. Ja, er lenk= te seine Melancholie auf harmlose Extravaganzen ab, die manchmal wie Szenen yon Chaplin anmuten, wenn er zum Beispiel unter dem Gelächter von ganz Paris einen Hummer an einer Leine hinter sich her zieht. Damals schreibt er auch die Groteske von der "Verhexten Hand", die so stark ist, dass sie einem Unglücks= menschen dauernd gegen seinen Willen durchgeht undzuletzt noch seinen Richter ins Gesicht schlägt. Aber in der Nacht zum 25. Januar 1855 findet man Nerval steif und regungalos vor einem alten Gasthause stehen, an das er lange vergeblich geklopft hatte: Er hat sich am Fenstergitter erhängt, und Wiederbelebungs= versuche sind erfolglos, weil die Leute der Meinung gewesen waren, man dürfe den Erhängten vor der Ankunft der Polizei nicht anfassen....

Die "andere Seite" des Lebens war stets mächtig in Nerval gewesen (und es ist kein Zufall, dass der grosse Zeichner <u>Kubin</u> sein Illustrator geworden ist Nervals Erzählungen sind Fahrten durch den Bezirk des Traums und genaue Bezichterstattungen über diese Reisen. (Die Erzählungen von Gérard de Nerval erschienen - übertragen von Alfred Wolfenstein - im Drei Masken=Verlag, München).

"Aurelia" insbesondere ist eine klassische Reportege über "Land und Leute" des Traums. Wie hier der Dichter und der Journalist - Gérard war Mitarbeiter vieler Zeitungen - in einer einfachen und geheimnisvollen Sprache miteinander verschmelzen, so geben auch seine Darstellungen der Pariser Unterwelt, der Bett: ler, Vagabunden, Krüppel, in deren Mitte er sich gern aufhielt, gleichfalls ebensoviel Mystik wie tätiges Verständnis für die Armen.

"So führte Nerval eigentlich ein doppeltes Dasein, und wenn er Deutschland nicht weniger als sein Frankreich liebte, so bedeutete dieses Land der Romanti! ebendeshalb eine reale Zuflucht für seinen Traum! Er übersetzte Bürger, Schil= ler, Jean Paul, vor allem aber als erster beide Teile des "Faust". Goethe schrieb ihm: "Ich habe mich niemals so gut verstanden wie beim Lesen Ihrer

Ueber tragung."

Da sein Geist auch sonst im persönlichen und im publizistischen Wirken immer für die Besserung unfruchtbarer Spannungen im Leben der Völker wie im Leben des Volkes eingetreten ist, so war Nerval eine frühe, etwas traumhafte Friedenstaube über der Sintflut Europas. Er selbst aber war ruhelos unterwegs; während sein alter Vater täglich den Tisch für ihn gedeckt hielt, wusste er von keinem Zuhause; und so konnte man Nerval wohl ebenso anreden wie einstmals jener alte Weise einen herumschweifenden Dichter, dem er auf der Landstrasse begegnete: "Wie freut es nich, mein teurer Künstler, Sie daheim anzutreffen!" Alfred Wolfenstein.

Die zugelötete Wissenschaft.

SPD. Also da hat man, wie die Zeitungen melden, in Braunschweig, dem Zentrum der deutschen Konservenindustrie, ein Konserventechnikum gegründet. Das ist ausserordentlich erfreulich, denn wir werden nun in Zukunft wissenschaftlich präparierte Mohrrüben und Pflaumen aus den Büchsen schütteln, viel leicht sogar mit primaprima Vitaminen, und ich sehe schon im Geiste, wie die Kohlrabi nach "rofessor Meyer die Altersheime und Krankenhäuser überflüssig machen. Die neue Kartoffeltrocknungsmethode nach Professor Schulze wird die Trüffeln nicht nur für Menschen, sondern sogar für Schweine schmackhaft gestalten, und wir werden uns verachtungsvoll von den Obstgläsern abwenden, die von einer ganz gewöhnlichen Hausfrau gefüllt wurden, einer Hausfrau, die wahrescheinlich nur die Volksschule besucht hat und infolgedessen für die Konservierung von Nahrungsmitteln gänzlich ungeeignet ist, wenigstens soweit es sich um akademisch gebildete Konsumenten handelt.

Ich habe bishernoch nicht gewusst, dass die Herstellung von Rollmöpsen und Büchsenspargeln genau so schwer ist wie noch vor wenigen Jahren die medizienische Wissenschaft — aber es ist tatsächlich so. Bis vor kurzem waren für das medizinische Studium fünf Jahre vorgeschrieben, und das neue Blechdosen= technikum schreibt gleichfalls ein halbes Jahrzehnt Studium vor. Nach vier oder fünf Semestern wird der stud conserv dann wahrscheinlich nach Ablegung der naturwissenschaftlichen Vorprüfung sich als cand.conserv. bezeichnen dürfen, und nach Ablegung der Abschlussprüfung ist er jedenfalls staatlich approbierter "Conservator" --- oder werden dagegen die Museumsconservatoren Einspruch er= heben? Möglicherweise gibt es sogar den Dr. conserv. ---- vielleicht sogar zwei: einen Dr.conserv.animal. für Fleisch= und Fischkonservenspezialisten, und ei

nen Dr.conserv.veget. für Obst= und Gemüsewissenschaftler.

Bei allen wirklich genialen Entdeckungen sagt man sich immer wieder! das lag doch direkt in der Luft! So geht es einem auch mit der Braunschweiger Dauerfressalienuniversität. Freie Bahn dem Tüchtigen! Warum sollen die Gulasch= konstruktöre und die Brechbohnenalchymisten nicht auch endlich ihre eigene akademische Abstempelung bekommen? Es laufen in Deutschland immer noch vielzu=

viel Leute herum, die ohne Papiere und ohne Examen einen Beruf ausfüllen, und eine ganze Anzahl von ihnen entblödet sich nicht, sogar etwas besonderes darin zu leisten.

Das muss aufhören! Wir haben zu wenig Studenten, zu wenig Prüfungen, zu wenig Approbationen! Nur durch die Nachlässigkeit der verantwortlichen Stellen hat die Unsitte einreissen können, dass über sechzig Millionen Deutsche täg= lich alle Arten von Bedürfnissen stillen, ohne vorher darin ein Examen abgeleg zu haben.....

Curt Biging.

Die Uhr.X

Auch dieser alte Sarg ist ein Totengräber, der die Minuten beerdigt.

Sein unerbittlicher Zähler zerschneidet, schneidet auch den Staub der Sphäre.

Die irrende Seele der Zeit hört dem ewigen Ticktack seines Totenkopfes zu und träumt . . .

Jo Pieper.

SPD. Kbei Tengs urwüchsiges System. Der volkstümlichste Porträtmaler und Graphiker von New York ist zurzeit ein chinesischer Künstler namens Kbei Teng. Er hat sein individuelles System - das muss man schon sagen, indem er jeglichen Pinsel verschmäht und mit seinen — Fingern malt. Dies ist "Zurück zur Natur" in höchster Vollendung. Der Mann soll eine Fingerfertigkeit aufweisen, die jeder Beschreibung spottet; er "schmiert" die wundervollsten Farbensymphonien mit seinen zehn Fingern auf die Leinwand oder auf das Papier. Sein einziges graphisches Hilfsmittel stellen stilgemässerweise die Fingernägel dar, die er in die Tusche taucht, um dann die Komposition in aller Form in das Papier zu kratzen. Kbei Teng, der Fujita von New York, behauptet, seine mannigfache Impressionen nur auf diese Weise vollkommen "ausdrücken" zu können. Die New Yorker Gesellschaft glaubt ihm diesen geschickten Trick; warum sollten wir's da nicht auch tun?!....

SPD. <u>Ein zarter Wink.</u> "Bekommen Sie manchmal gescheite Anregungen für die Ausgestaltung Ihres Blattes?" fragte ein beliebter Humurist den Verleger einer Zeitschrift. "O ja, sehr viele sogar", lautet die Antwort. "Dann möchte ich mur mal wissen", fährt der Humorist fort, "warum Sie diese Anregungen nie benutzen."

, DOI TOU TH GOT WAS GOT

Von Ph. Macdonald. Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

13)

SPD. "Cookie! Sie ist niemals in unser Zimmer zurückgekommen... Allmächti ger Gott! Ich bin ein Jonas, ich sag's dir... Sie wollte quer über den Damm zu dem Laden gehen, zu dem verfluchten Laden... kaum war sie vom Bürgersteig herunter... Blim!... fahrt ein gottverdammter Tölpel sein Auto gerade in sie 'rein..."

Morelli richtete sich auf; seine Stimme schwankte, er schluckte und räusperte sich heftig. Dann nahm er seine leere Pfeife in den Mund und sprach weiter, während seine Zähne das Mundstück fest umschlossen.

"Sie war nicht tot...weil ich ein Jonas bin... So viel Glück hatte sie nicht... Nein, Sir! Der Anprall verletzte ihr Rückgrat irgendwie...und...und da lag sie nun, als mir zwei oder drei Tage später erlaubt wurde, sie zu besuchen...da lag sie lang ausgestreckt im Krankenbett...ganz flach, Cookie, ganz, ganz flach...und weiss wie ein Leintuch... Aber sie lächelte mich an... wie sie es immer getan hatte... als wolle sie sich ein wenig über mich lustig machen... So ein Mädel, die Joey! So ein Mädel..." Er stand auf und lief vor dem schweigenden Cook auf und ab, drei oder vier Schritte in jeder Richtung.

"Sie...sie ist immer noch da, Cookie," fuhr er fort, "immer noch...in demselben Bett...soviel ich weiss...mit unserer letzten Post in Sheikle Amid bekam ich einen Brief von ihr...am 14.März vierzehn wurde sie überfahren... und da liegt sie nun noch und muss gepflegt werden...Sie selbst veranlasste mich...Gott, veranlasste mich nicht direkt, aber sie selbst sah, dass ich, als der Krieg ausgebrochen war, eigentlich zurückfahren und mich melden müsse... Ich hätte es doch nur ihretwegen...Sie wollte, dass ich gehen solle, Cookie...

Mount mit seinem Kontrakt...Wenn ich nicht gewesen wäre, hätte sie ihn unterschrieben...und wäre nie wieder nach Pittsburg gekommen...Verstehst du's
jetzt, Cookie?"

"Mhm," sagte Cook, stand auf und begann umherzugehen; Morelli lief im gleichen Schritt an seiner Seite; so wanderten sie schweigend rund um die Lichtung, immer rund herum, rund herum.

"Du hast recht," meinte Morelli nach dem dritten Male, "Bewegung tut not." "Mhm." antwortete Cook.

Beim Gehen sahen sie den roten tanzenden Schein eines kleinen Feuers links hinter der Hütte, neben dem MacKay und der Sergeant sich hingekauert natten. Der Schotte hielt ein Kochgeschirr über die Glut, das zu drei Vierteln mit einer bräunlichen Flüssigkeit gefüllt war; lange, fadenähnliche Gebilde schwammen darin. Ab und zu rührte er mit silbernem Löffel um; schliesslich nahm er das Gefäss vom Feuer und sah hinein.

«"Wie wird es denn?" fragte der Sergeant.

*MacKay kostete mit verzogenen Lippen. "Na - schön ist anders... Ich möchte es nicht essen, wissen Sie."

"Es ist alles, was wir tun können," antwortete der Sergeant, "vielleicht geht es einigermassen, wenn wir das Fett abschöpfen."

"Ja - aber wann wird denn der arme Kerl da drin die Kraft haben, etwas zu sich zu nehmen? Das möchte ich wohl wissen!"

Der Sergeant stand auf. "Bald, Jock, es gent ihm besser. Als ich gerade drin war, bewegte er sich ein bisschen. Sanders betet dazu, wie ein ganzes Kloster voll Mönche."

"Der würde eine ganze Kompanie in Grund und Boden beten," meinte MacKay, spuckte, versuchte die Brühe und spuckte von neuem.

: "Schmeckt's denn so scheusslich?" fragte der andere und streckte die Hand

nach dem Kochgeschirr aus.

"Nicht ganz," erwiderte MacKay, "aber in 39 Jahren Dienstzeit habe ich noch niemals Rindskonservenbouillon gefressen."

Er reichte das Geschirr hinüber. "Wir können nicht mehr tun." Der Sergeant nahm einen Schluck. "Ich weiss nicht - es könnte noch schlimmer sein. Sanders!! rief er mit erhobener, aber vorsichtiger Stimme.

Sanders kam: sein Gesicht war grau unter der verbrannten Haut, Falten hatten sich tief hineingegraben. Aber seine Augen waren friedlich, ihr wildes Starren hatte sich verloren.

"Sie riefen mich?" Tragte er.

Der Sergeant nickte. "Wie geht es ihm?"

"Immer dasselbe - keine Veränderung, seit Sie ihn zuletzt sahen. Er ist immer noch ein wenig unruhig und hat zwei- oder dreimal unzusammenhängend gesprochen."

"Hm." Der Sergeant kratzte sich am Kopf. "Wir wollen ihn heute abend in-Ruhe lassen. " Er hielt Sanders das Kochgeschirr hin. "Nehmen Sie das, und halten Sie es zugedeckt, es ist für Unteroffizier Bell...wenn wir ihm etwas geben können. Morgen früh seihen Sie die Suppe durch, so gut es gehen will, um das Fett wegzukriegen." Er sah Sanders nach, der langsam und vorsichtig zur Hütte zurückging und in ihr verschwand.

"Er sieht besser aus, nicht wahr?"

"Sanders? Na...a." Der Schotte schien nicht überzeugt. "Kann sein - kann auch nicht sein...Jedenfalls hat er sich ein wenig beruhigt. Aber was bedeutet das? Vielleicht die Ruhe vor dem Sturm...Der Junge wird verrückt...denken Sie dran, was ich gesagt habe!"

Der Sergeant wechselte das Thema. "Heute abend will ich es Ihnen mitteilen, Jock."

"Was mitteilen?"

"Was ich Ihnen vorhin gesagt habe."

"Ich will unsere Lage ganz offen auseinandersetzen...unseren Vorschlag bezüglich des Flusses unterbreiten und sie auffordern, drum zu losen."

MacKay sah auf. "Zu losen?"

"Ja...drum zu Losen...alle, ausser Sanders. Einmal - und wer das Los zieht, bestimmt seinen Kameraden..."

"Aber es ist doch gar nicht nötig zu losen," urach MacKay los, "habe ich Ihnen nicht gesagt..."

Der Segeant schnitt ihm das Wort ab. "Sie haben es wohl gesagt. Aber ich brauche ja schliesslich nicht zu tun, was Sie sagen...Nein, Jock, alle müssen dabei beteiligt sein... Es ist keine angenehme Sache, einen Mann zu bestimmen, wir müssen alle die Chance auf uns nehmen." Er sah nach der Uhr. "Nach der ersten Wache will ich es tun... Sie sagen es Cook, wenn Sie zusammen aufziehen... oder kurz vorher...Suchen Sie ihn lieber jetzt auf, es ist noch eine halbe Stunde Zeit."

MacKay schob brummend ab und liess den Sergeanten neben dem Feuer zurück. Die Lippen des Kauernden bewegten sich, als ob sie fluchten oder beteten...Hinter ihm erscholl ein leises Knacken, als Abelson, der seine Runde Machte, auf

einen trockenen Zweig trat.

Der Sergeant führ auf, der Stock, mit dem er das Feuer angefacht natte, entfiel seiner Hand. Jede Muskel seines Körpers war angespannt, die Stirne schweissüberströmt. nicht wie sonst in diesen Wüstentagen und Nächten, sondern eine plötzliche, kalte Schweissdusche ergoss sich über ihn. Als er sich umwandte, sah er die dunkle Gestalt des Postens im Dämmernder Bäume verschwinden.

Er lachte über sich selbst. ein freudloses Lachen. Mit dem Unterarm wisch er die Stirne ab, seine Lippen verzogen sich verächtlich.

"Du wirst auch schon blödsinnig," sagte er im stillen, und suchte seine Mannschaften auf.

(Fortsetzung 1 olgt.)